



Königsteiner Offizierbriefe

21 ■ FEBRUAR 1967

■ **Königsteiner Offizierbriefe**

Februar 1967

Heft 21

3	In eigener Sache	H. F.
6	Königstein 1967 – Vorbereitung	
7	Vorläufiges Programm	
9	Christ und Soldat	P. Dr. Anselm Hertz OP
13	Der politische Auftrag der Christen im Licht des II. Vatikanischen Konzils	Prof. Dr. J. B. Hirschmann SJ
22	Christ und Armee	
24	Spiegel des kirchlichen Lebens	
	Aus dem KOK	
28	Lourdes 1967	
29	Die neue Bußordnung	
31	Einzelnachrichten	
37 9	Das aktuelle Lexikon	
38	Soeben eingetroffen	
42	Bücher	

In eigener Sache

Das erste Heft des Jahres 1967 liegt vor Ihnen. An der Schwelle eines neuen Jahres pflegt man Rückschau zu halten und Vorsätze für die kommende Zeit zu fassen. Eine solche Gewissenserforschung ist leider meist etwas einseitig, weil eben niemand die Gedanken und Überlegungen anderer durch seine Phantasie voll ersetzen kann. So wünscht sich unser Heft für das neue Jahr Kritik, viel Kritik mit klaren Vorschlägen und Stellungnahmen.

Doch um Kritik in rechter Weise üben zu können muß man wissen, was wir mit unserem Heft wollen. Darüberhinaus sollen Sie auch Kenntnis von den Mühen und Schwierigkeiten bekommen, mit denen wir zu kämpfen haben.

Wenn Sie heute das Heft 21 vor sich haben, werden Sie leicht feststellen, daß sich manches gegenüber früheren Heften geändert hat. Rein äußerlich haben wir uns um eine andere Aufmachung bemüht. Und im Innern sind die Veränderungen mannigfaltig, selbst wenn sie oft nicht wahrgenommen werden, wie z. B. die Veränderung des Satzspiegels um zwei Millimeter, um ein besseres Bild zu bekommen.

Als im Jahre 1963 der Führungskreis des Königsteiner Offizierkreises beschloß, die Königsteiner Offizierbriefe auf eine breitere Basis zu stellen, da lag immerhin schon eine Erfahrung von fast 3 Jahren vor. Klar formulierte man damals: Unsere Hefte dienen

„Der Information“

der Zugehörigen und Freunde über die zentralen und lokalen Veranstaltungen.

„Der Dokumentation“

der wichtigsten Aussagen und Bekundungen der Königsteiner Kreise

„Der Werbung“

und vor allem

„Der Integration“.

Unter Integration ist die gemeinsame Prägung der naturgemäß verschiedenartigen lokalen Unternehmungen zu verstehen, ferner die über die örtlichen Notwendigkeiten hinausgehende gemeinsame Bewußtseinsbildung, in die alle Offiziere der Königsteiner Kreise, alle Offiziere an die sich die Arbeit dieser Kreise wendet, und die Militärseelsorger einbezogen sein sollen.

Dieser Aufgabenstellung hat unser Heft treu gedient. Wenn dennoch eine Wandlung eingetreten ist, dann ist das nicht der verschiedenartigen Handschrift verschiedener Redakteure zuzuschreiben, sondern den veränderten Verhältnissen, dem Wachstum unserer Kreise, den erweiterten Ansprüchen unserer Leser, aber auch — das sei hier offen ausgesprochen — der „beinahe vornehmen Zurückhaltung der Sprecher und Angehörigen der Kreise“. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, waren einfach keine

Berichte von den Orts-, Regional- oder Wehrbereichsveranstaltungen zu bekommen. Es ist unerheblich, ob 12 oder 15 Teilnehmer anwesend waren, wichtig aber ist, was und worüber gesprochen wurde, welche Probleme auftraten, welche Lösungen gesucht, welche gefunden wurden und für welche Aufgaben Hilfe durch unsere Schrift oder andere Erfahrungen gegeben werden kann. Dieser aktuelle Bezug kam damit fast zum Erliegen.

Und dennoch wurde gerade der Informationsteil gestärkt. Einmal durch eine ausführlichere Berichterstattung über die Zentrale Tagung in Königstein. Wichtige Referate wurden ungekürzt übernommen, Diskussionsbeiträge in den wesentlichen Punkten und zusätzlich Berichte über bedeutende Veranstaltungen (u. a. Soldatenwallfahrt nach Lourdes, Santiago de Compostela usw.). Es muß gelingen 1967 vermehrt Berichte über örtliche und regionale Tagungen in den Wehrbereichen zu bekommen. Dabei ist es durchaus möglich, das Hauptreferat der Redaktion zum Abdruck zuzuleiten. Kann es dann veröffentlicht werden, wird natürlich ein Nachdruckhonorar gezahlt.

Weiterhin wurde zu Problemen unseres Glaubens Stellung genommen und im Hinblick auf Königstein 1967 auch zu berufsbezogenen Fragen. Von wichtigen Referaten zum Katholikentag gab es ebenso vollständige Abdrucke, wie in Fragen aus dem Bereich Ehe und Familie.

Neuaufgenommen wurde der Spiegel des kirchlichen Lebens mit den wichtigsten Informationen aus diesem Bereich. Vermehrt sollen auch Auszüge von besonders wichtigen und den Einzelnen interessierenden Stellen der Protokolle des Führungskreises veröffentlicht werden. Drei Gründe sind dazu Anlaß gewesen. Einmal soll die Arbeit des Führungskreises transparent werden. Dann sollen alle Interessenten über zukünftige Planungen rechtzeitig unterrichtet sein und nicht zuletzt soll sich auch daran der Funke zu anregender Kritik entzünden.

Neuaufgenommen wird ab Heft 21 das aktuelle Lexikon, eine Rubrik, in der Grundlagenwissen für jedermann vermittelt werden soll. So glauben wir, daß die Förderung nach Information unseren Lesern in einem weitgehenden Maß zuteil wird, zumal beabsichtigt ist, 1967 bereits fünf (statt bisher vier) Hefte und 1968 sechs Hefte pro Jahr aufzulagen.

Der Dokumentation ist durch die Übernahme von Tagungsberichten (vor allen Dingen Königstein) und Diskussionsbeiträgen, oftmals im Wortlaut in weitem Umfang Rechnung getragen. Die Aufnahme der Protokollauszüge dient diesem Ziele ebenso. Die Frage einer Bilddokumentation ist zugunsten einer Bildinformation zunächst zurückgestellt worden. Der knappe Raum, die notwendige Bildredaktionsarbeit und der langfristige Erscheinungszeitraum ließen es ratsamer erscheinen, zunächst auf eine aktuelle Bilddokumentation zu verzichten. Der Platz und die Zeit schienen uns zu kostbar, eine Reihe von Bildern anzusammeln, auf denen einmal der Militärbischof mit dem Führungskreis, dann der Führungskreis mit dem Militärbischof und anschließend alles noch mal in Einzelgruppen zu sehen sein würde. Eine gute Bildredaktion ist nötig, wenn die Dokumentation vernünftig sein soll. Dazu aber sind wir (noch) nicht in der Lage. Mit unserer Bildinformation versuchen wir einen Gedanken, der sich aus dem jeweiligen Thema des

Heftes oder seinem Bezug ergibt, bildhaft zu verdeutlichen. Mehr ist zunächst nicht zu leisten, wir wollen hoffen, daß es uns gelingt.

Mit der Frage der Werbung ist ziemlich eng die Frage der Verteilung verbunden. Wir haben etwa 800 Einzelbezieher und erreichen damit zu einem bewußt festgelegten, mit dem Thema des Heftes koordinierten Zeitpunkt (also Weihnachtshft nicht erst zu Ostern) unsere Leser. Darüberhinaus erhält jeder Militärpfarrer etwa 10–15 Exemplare für diejenigen, die nicht direkt erfaßt werden und jeder Dekan nochmals die gleiche Menge zum Ausgleich bei Mehrbedarf. Diese letzte Regelung ist nicht voll befriedigend, neue Wege, um eine, dem tatsächlichen Bedarf angenäherte Versorgung zu erreichen, sind in der Erprobung. Diese Schriften sollen auch zur Werbung benutzt werden. Im Inhalt dienen Veröffentlichungen über unser Tun ebenfalls der Werbung für unsere Aufgabe.

Der Punkt, der wohl am wenigsten bisher zur Auswirkung gelangt zu sein scheint, ist die Integration. Noch ist es nicht erreicht, daß die Hefte als Grundlage für örtliche Diskussionen benutzt werden. Es wäre denkbar, daß z. B. das Thema Königstein 1967 „Der Soldat als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker – Unser Beitrag zur Festigung des Friedens“ in einem Kreis, der vielleicht nur mit einem Vertreter in Königstein sein kann, besprochen wird und daß dieser Kreis konkrete Fragen stellt und nach der Tagung sich über die Antworten berichten läßt. Ebenso wäre denkbar, daß eine Gruppe, die keinen Vertreter entsenden kann, dem Führungskreis oder der Redaktion schriftlich ihre Fragen einreicht. Nicht zu messen ist natürlich, ob nicht durch das Lesen allein eine gemeinsame Bewußtseinsbildung entsteht. Diesen Punkt zu aktivieren, neue Wege zu versuchen, wird eine Zukunftsaufgabe sein.

Bei allem bedenken Sie jedoch, daß unsere Redaktion ein Einmann-Betrieb ist. Wir werden uns also nicht mit Dingen belasten können, deren Durchführung allein am Kräftemangel scheitern muß. Die Herstellung erfolgt in einer Bonner Druckerei. In der Vergangenheit haben sich leider manche Fehler eingeschlichen. Solange wir mit einem so kleinen Apparat auskommen müssen, wird den Fehlerteufeln leider nicht energischer zu Leibe gerückt werden können. Wir wollen jedoch hoffen, daß es gelingt, auch in dieser Beziehung besser zu werden.

So wird von hier aus versucht alles zu tun, um Sie ausreichend zu informieren, Ihr Wissen zu mehren, Kontakte herzustellen und zu halten und so das Bewußtsein einer gemeinsamen, großen Aufgabe zu dienen, heranzubilden. Wie großartig wäre es, wenn allein jeder Direktbezieher im Jahre 1967 ein einziges Mal – vielleicht im Urlaub, auf einer Dienstreise, in einer ruhigen Stunde – zur Feder greifen würde um eventuell nur auf einer Postkarte einen Gedanken, eine Anregung, ein Wort der Kritik, aber auch der Anerkennung auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß ein anderer den gleichen Gedanken hegt. Diese Fülle von Bewegung hätte nicht nur einen Wert an sich, sondern würde der Redaktion sicherlich viele Anregungen geben und Ihnen das Lesen interessanter machen.

Denen aber, die uns bisher halfen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. H.F.

Königstein 1967 - Vorbereitung

Im Bestreben, allen unseren Lesern eine gute und umfassende Vorbereitung für unsere Tagung vom 24.—28. April 1967 zu ermöglichen, wird diesmal neben dem Thema, das in direktem Bezug zu unserer Tagung steht, ein Abdruck des Referates von Prof. Dr. J. Hirschmann SJ Frankfurt gebracht, das sich mit dem politischen Auftrag des Christen auseinandersetzt. Dieses Referat erscheint im Hinblick auf unser Thema, insbesondere auf den Vortrag am Dienstag, dem 25. 4. vormittags, bedeutungsvoll.

Dann wird eine Abhandlung aus der Ost-CDU-Zeitschrift Neue Zeit vom 1. 10. 1966 gebracht. Ein Kommentar erübrigt sich. Weiterhin sei verwiesen auf die Zeitschrift Wehrkunde Heft 10 und 11 vom Oktober/November 1966. Der Aufsatz „Freiheit und Bindung der militärischen Führung unter dem Einfluß von Kernwaffen und neuzeitlichen Führungssystemen“ dürfte im Hinblick auf den Vortrag am 25. 4. nachmittags interessant sein. Nicht zuletzt sei verwiesen auf „Briefe an Soldaten“ Nr. 27, herausgegeben vom Katholischen Militärbischofsamt, November 1966. Die hier aufgezeigte Konfrontation mit der Angst und dem Tod sollte uns bei unseren Diskussionen vor Augen stehen. Auf das Buch „Verteidigung der Freiheit“ von E. Obermann sei nicht nur der Vollständigkeit halber hingewiesen. Der nachstehende Abdruck des vorläufigen Programmes wird die Orientierung erleichtern.

FASTENZEIT

Die Leidenszeit unseres Herrn — Sein Opfer für uns

Bilder: „Seht, welch ein Mensch“

Q. Mossys, Flame, 1466—1533, Prado, Madrid

„Christus an der Geißelsäule“

G. Gröninger, 1630, Schölkoggenmuseum, Köln

„Christus der gekreuzigte“

G. Rouault, 1871—1958

Geschenk Papst Paul VI. an UNO-Generalsekretär U Thant

„crucifixus“

Privatkapelle Papst Paul VI.

Vorläufiges Programm der Königsteiner „Woche der Besinnung“ 24.– 28. April 1967

1. Gesamthema:

- „Der Soldat als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“
– Unser Beitrag zur Festigung des Friedens –

Das Gesamthema korrespondiert mit den Ziffern 77–82 der Pastoral-
konstitution über die Kirche in der Welt von heute, speziell mit den
Schlußsätzen der Ziffer 79. Es wurde entwickelt aus der Problematik der
„legitimen Verteidigung“ und der „Notwendigkeit einer ganz neuen Ein-
stellung“ zur Frage des Krieges.

2. Ablauf und Einzelthemen:

a) Montag abend:

Jahresbericht 1966/67 des Sprachers des Führungskreises

b) Dienstag vormittag:

Vortrag und Aussprache:

„Welche Bedeutung hat die Armee im Kalkül des Politischen?“
(Gesamthema aus der Sicht des Politikers)

c) Dienstag nachmittag:

Vortrag und Aussprache:

„Was soll und vermag militärische Führung?“
(Die Antwort des Soldaten auf die Frage nach seinem Auftrag, den
er unter dem Primat des Politischen und unter nicht-idealen Voraus-
setzungen erfüllen soll)

d) Mittwoch vormittag:

Vortrag und Aussprache:

„Was bedeuten rechtliche Normen für die Sicherheit und Freiheit der
Völker – im Hinblick auf den Auftrag des Soldaten“
(Das Gesamthema aus der Sicht des Völkerrechtlers)

e) Mittwoch nachmittag:

In Anwesenheit unseres Militärbischofs

„Unsere Offizier-Arbeit im Rahmen der Militärseelsorge“
Berichte aus den Wehrbereichen und Standorten (anhand konkreter
Erfahrungen und Beispiele)

f) *Mittwoch abend:*

Geselliges Beisammensein mit unserem Militärbischof

g) *Donnerstag vormittag und nachmittag:*

Einkehrtag in Anwesenheit evangelischer Kameraden von der COV

„Unser Beitrag zur Festigung des Frladens“

(Religiöse und ethische Besinnung)

h) *Freitag vormittag:*

Organisationskonferenz des KOK

Leitung: Sprecher des Führungskreis

Zu b) bis d): Je 1 Stunde Vortrag und 1½ Stunde Diskussion

Zu e): Kurzreferate von je 15 Minuten, anschließend Aussprache:

Verantwortlich für die Vorbereitung:

die Wehrbereichssprecher und Sprecher See

i) *Verlängerte Statio und Missa* sollen darauf ausgerichtet sein, neue Formen der Liturgie aufzuzeigen, zu erklären und zu „üben“.

Christ und Soldat

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf den Versuch, in kurzen Zügen einige problemgeschichtliche Aspekte zum Themenbereich „Christ und Soldat“ zu bieten. Sie wollen damit helfen, die heutige Situation zu verdeutlichen und eine mögliche Lösung der Fragen, die sich aus dieser Situation ergeben, vorzubereiten.

1. Soldat Christi und christlicher Soldat

Historisch interessant und für unsere Thematik bedeutsam erscheinen die Vergleiche, die der Apostel Paulus zwischen dem Dasein eines Christen und dem eines Soldaten zieht. Das Leben des Christen wird des öfteren als Kampf, er selbst wird als Kämpfer bezeichnet. Die Zitationen mögen sich in der Mehrzahl auf den sportlichen Wettkampf beziehen, den der Apostel ja auch ausdrücklich als Vergleich erwähnt. Aber bei seiner Beschreibung der sog. „christlichen Waffenrüstung“ (Eph 6.10 ff. und verkürzt 1. Thess. 5.8) ist die Affinität zum militärischen Vokabular unübersehbar. Nun wird es sich bei den Einzelheiten des Vergleiches sicherlich um eine bloße Bildersprache handeln, wenn etwa vom „Schild des Glaubens“ oder vom „Schwert des Geistes“ die Rede ist. Aber das Fundament des Vergleiches geht über die Bildersprache hinaus. Paulus mahnt die Epheser: „Ziehst Gott an zur Waffenrüstung, damit ihr gegen die Anschläge des Teufels bestehen könnt; denn wir haben zu ringen nicht mit Fleisch und Blut, sondern mit den Mächten, Gewalten und Herrschern der Finsternis und den Geistern der Bosheit im Bereiche des Unsichtbaren.“ (Eph 6.11 ff.). Gemeint sind mit dieser Bezeichnung die Geister der „Luft“ (cf. Eph 2.2), die im unsichtbaren Luftraum den Kampf gegen das Gottesreich führen. Gegenüber diesen „Mächten der Finsternis“ stehen die Christen als Angehörige des Gottesreiches in einem wirklichen Kampf, befinden sich – militärisch ausgedrückt – im Kriegszustand. Und genau so, wie die Christen für das Gottesreich kämpfen, gibt es dann auch Menschen, die, wie es biblisch heißt, „im Solde Satans“ stehen und für die Mächte der Finsternis gegen das Gottesreich wirken.

Die Christen der Urkirche haben daher die Anfeindungen und Verfolgungen unter den römischen Kaisern und Statthaltern in diesem Sinne nicht so sehr als ein politisches Ereignis, sondern als eine Verfolgung satanischer Mächte interpretiert, bei der die verfolgten Menschen lediglich Instrumente des satanischen Angriffs waren, ohne selbst recht zu wissen, in wessen „Sold“ sie ständen, so daß die Bitte „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“, aus dem Munde der christlichen Märtyrer durchaus wörtlich zu nehmen ist. Vor diesem geschichtstheologischen Hintergrunde verstehen wir dann auch die Vorliebe der frühchristlichen Schriftsteller für eine „militante“ Sprache, wenn sie das Martyrium der Christen schildern. Die Märtyrer

werden als Soldaten Christi (*miles Christi*) bezeichnet, die gegen die wilden Tiere um den „Kranz des Sieges“ kämpfen. Natürlich mögen in solche Vergleiche auch Elemente der Paralleltät aus dem Soldatenstande eingeflossen sein: so wie der Soldat zum Sterben bereit sein muß, soll es auch der Christ sein, wenn er seinen Glauben bekennt. Aber dieser genuin militärische Einfluß kann von sachlicher Seite nicht groß gewesen sein, wenn man berücksichtigt, daß zur frühen Zeit des Christentums das christliche Glaubensbekenntnis mit dem Militärdienst wegen des Eides und der Opfer für den Gottkaiser generell nicht vereinbar war. In diesem Sinne ist auch die Einstellung verschiedener Kirchenväter gegen den Militärdienst zu verstehen; sie besagt keine Abwertung des Soldatenstandes schlechthin, sondern erfolgt aus der pastoralen Überlegung, daß ein Christ, der Militärdienst leistet, der Gefahr ausgesetzt ist, gegen sein Gewissen dem Imperator Romanus opfern zu müssen.

Mit der Einführung des Christentums als Staatsreligion entfiel dann naturgemäß dieser Vorbehalt. Aber die Quelle eines „militanten“ Sprachgebrauches liegt auch nach der Vereinbarkeit des Militärdienstes mit dem christlichen Glaubensbekenntnis auf der Betonung des christlichen Kampfes gegen die „Mächte der Finsternis“. So stellt Augustinus seine moraltheologisch-pastorale Schrift, in der es um das Ringen des Christen gegen Satan und Sünde geht, unter den Titel „Über den christlichen Kampf“ (*De agone christiano*). In diesem Sinne bleibt der Christ auch nach der Zeit der öffentlichen Christenverfolgungen ein „Soldat Christi“.

Die Vorstellung vom „christlichen Soldaten“ (*miles christianus*) entfaltet sich hingegen, zunächst unbewußt, später bewußt an der religiös-politischen Existenz des „Heiligen Reiches“ (*Sacrum Imperium*). Der militärische Dienst für den christlichen Kaiser war mehr als ein bloß politisch-militärischer Dienst. Religion und Politik bildeten im guten Sinne des Wortes eine Einheit, wobei das religiöse Element gefühlsmäßig stark ins Gewicht fiel. Die Tatsache, daß seit Kaiser Otto dem Großen die deutschen Bischöfe zu einem Teil zugleich Reichsfürsten waren, konnte diesen Eindruck noch verstärken, auch wenn die kriegerischen Aktionen und Feldzüge nicht selten aus vorwiegend politischen Motiven unternommen wurden. Aber zumindestens die Romzüge der deutschen Kaiser und Könige trugen einen starken religiösen Akzent. Dasselbe gilt für die Kreuzzüge, auch wenn wir heute wissen, daß die Motive hintergründig durchaus komplexer Natur waren. Aber gerade hinsichtlich der religiösen Motivierung zur Teilnahme an den Kreuzzügen taucht wieder eine Begründung auf, die aus der Vorstellung vom christlichen Martyrium übernommen wird. Wie die alte Kirche die Ansicht vertrat, daß die um ihres öffentlichen Glaubensbekenntnisses willen getöteten Christen unmittelbar in die Anschauung Gottes gelangen, wurde nun dieses Prinzip auf die Teilnehmer an den Kreuzzügen übertragen. Für viele sog. „öffentliche Sünder“ bedeutete daher die Teilnahme an einem Kreuzzug zugleich oder auch primär ein vor Gott meritorisches Tun, das sie von ihrer Sündenschuld befreite und ein Anrecht auf die „ewige Seligkeit“ sicherte. Hier verbindet sich die Idee des *miles christianus* mit jener des *miles Christi* zu einer Einheit.

Die ideale Einheit blieb, mehr oder weniger stark, auch in den folgenden Jahrhunderten erhalten, mochte auch die kriegerische Wirklichkeit diesen Intentionen kaum entsprechen. Nicht zu Unrecht ist die Mehrzahl der Kriege jener Jahrhunderte unter der Bezeichnung „Religionskriege“ in die Geschichte eingegangen. Subjektiv glaubte auch der Söldner des Dreißigjährigen Krieges daran, daß er für den „wahren Glauben“ streite, sei es als Protestant gegen die „vom Satan verblendeten Papisten“ oder als Katholik gegen die „häretischen Lutheraner“. Nur wenige Theologen und Philosophen, wie etwa Erasmus von Rotterdam und Leibnitz standen solchen Auffassungen kritisch gegenüber; die Mehrzahl von ihnen versuchte immer wieder, diese Kriege theologisch zu interpretieren.

Erst den Philosophen der Aufklärung gelang es, diese Betrachtungsweise zu überwinden. Kants philosophischer Entwurf „Zum ewigen Frieden“ stellt in dieser Hinsicht einen Höhepunkt politischer Ethik dar, dem freilich ein praktischer Erfolg versagt blieb, auch versagt bleiben mußte, da Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit der europäischen Staaten bis ins 20. Jahrhundert hinein anders orientiert waren. In den nationalstaatlichen Monarchien blieb das „Gottesgnadentum“ als verkürzter Rest der mittelalterlichen Vorstellung vom „sacrum Imperium“ erhalten, in den nichtkatholischen Staaten oftmals auch institutionell mit der Stellung des jeweiligen Monarchen als dem „obersten Kirchenherrn“ verbunden, in den katholischen Monarchien durch eine Vielzahl von kirchlichen Privilegien und Titeln manifestiert, so in Frankreich bis zum Ausbruch der Großen Revolution, in Österreich-Ungarn bis zum Untergang der habsburgischen Monarchie, in Spanien und Portugal bis zur Einführung der Republik. Das christliche Herrschaftsmotiv war daher auch im nationalstaatlichen Denken und der ihr entsprechenden Verfassung mit der Stellung und der Person des Monarchen verknüpft. Der nationalstaatliche Gedanke als solcher widersprach zwar nicht grundsätzlich einer christlichen Interpretation, hatte aber in seiner historischen Faktizität nichts mit den Erscheinungsformen des christlichen Glaubens zu tun, ausgenommen vielleicht in den Niederlanden und in Schweden. Wenn es dennoch zu einem Anschluß der nationalstaatlichen Ideen an den christlichen Glauben kam, dann vornehmlich durch die Institution der Monarchie und das in ihr mehr oder weniger offiziell postulierte Prinzip des Gottesgnadentums.

Die in diesem Zeitraum geführten Kriege waren zumeist „Kabinettskriege“ und dienten als solche der nationalstaatlichen Einigung oder der Vergrößerung dieser Staaten. Ihr religiöses Pathos empfingen sie weniger aus den Kriegszielen und Zwecken, als durch die Person des Monarchen, der nicht nur „oberster Kirchenherr“, sondern zugleich auch „oberster Kriegsherr“ war. Auf der Verbindung von Gottesgnadentum und oberster Verantwortung für die Kriegführung durch den Monarchen basierte die religiöse Relevanz des Fahneneides, der dem Monarchen geleistet wurde. Die Frage nach der sachlichen Berechtigung der Kriegsziele erschien demgegenüber kaum von Bedeutung, deren Moralität war gewissermaßen durch die Person des legitimen Monarchen garantiert. Schon Franz Suarez verweist in seinen moraltheologischen Abhandlungen auf die Existenz christlicher Regenten, wenn

er die Frage behandelt, wie ein Zweifel an der Berechtigung eines kriegerischen Unternehmens auszuräumen sei.

So konnte und durfte sich auch noch der Soldat im Zeitalter der Nationalstaaten als *miles christianus* fühlen, selbst wenn die in dieser Zeit geführten Kriege nicht einmal mehr äußerlich als Kriege für den „wahren Glauben“ deklariert wurden. Zur altchristlichen Vorstellung vom *miles Christi* besaß diese Auffassung freilich keinerlei Beziehung mehr und konnte sie aus der veränderten geschichtlichen Lage auch nicht mehr besitzen. Wenn sich dennoch einige deutsche katholische Moraltheologen während des Ersten Weltkrieges um eine Wiederbelebung dieser historischen Verbindung bemühten, mußte der Versuch schon wegen der grundsätzlich veränderten historischen Situation als gekünstelt und wenig überzeugend erscheinen.

Wie sehr die Vorstellung vom *miles christianus* mit der christlich interpretierten Institution der Monarchie stand und fiel, bewies der Untergang eben dieser Monarchien. Mit ihr ging auch die geschichtliche Begründung der christlichen Interpretation des Soldatentums zu Ende. Der Fahneneid wurde zwar noch eine Zeitlang in der herkömmlichen Weise gedeutet, paßte sich aber immer mehr den tatsächlichen Verhältnissen an und verlor damit konsequenterweise seine religiöse Relevanz. Es war auch kaum mehr möglich, diesen Eid gegenüber einem Staatsoberhaupt christlich zu interpretieren, wenn das Amt des Staatsoberhauptes selbst nicht mehr aus dem christlichen Glauben und einem dementsprechenden „Herrschaftsmotiv“ begründet wurde. Ein Stück historischer Tragik scheint gerade darin zu liegen, daß die Offiziere des Widerstandes gegen Hitler ihren Fahneneid durchaus noch im herkömmlichen Sinne christlich interpretierten, während ihr „oberster Kriegsherr“ sich auf eine nebulöse „Vorsehung“ zurückzog, die nichts mehr mit der christlichen Glaubensüberlieferung und einer Verantwortung des „Kriegsherrn“ vor Gott zu tun hatte.

Die Gestalt des *miles christianus* scheint demnach endgültig der Vergangenheit anzugehören, zumindest in jener Form, wie sie durch mehr als fünfzehnhundert Jahre gelebt worden war. Aber man könnte entgegenen, daß diese nur eine von verschiedenen Formen gewesen sei, eben jene, die durch bestimmte historische Konstellationen bedingt war, die in dieser Weise nicht wiederkehren können, weil die geschichtliche Entwicklung einen Verlauf genommen hat, der ein Wiederanknüpfen an diese Tradition schwerlich zuläßt. Die Frage nach dem Verhältnis von Christ und Soldat bleibt demnach bestehen, oder besser gesagt, muß für unsere Zeit aus unserer Situation neu gestellt und neu beantwortet werden.

(In einem folgenden Beitrag soll dann in ähnlicher Weise die Problematik der Lehre vom „*Bellum iustum*“ behandelt werden.)

„Der politische Auftrag der Christen im Licht des II. Vatikanischen Konzils“

I.

Die Weltpresse hat die politische Seite des II. Vatikanischen Konzils so betont herausgestellt, daß es manchmal als ein in erster Linie politisches Ereignis erscheinen mußte. Das war es gewiß nicht. In seinem Werden geistlich inspiriert, in seinem Vollzug geistlich orientiert dient es in erster Linie der innerkirchlichen Erneuerung, der Einheit der Christen, der neuen Sammlung der Kirche zur Erfüllung des ihr in der Heilswirklichkeit verliehenen Auftrags.

Aber schon darin strahlt es auf die politische Welt aus. Eine Körperschaft von über 2500 Bischöfen aus allen Teilen der Welt, eins hinweg über alle Unterschiede der Völker, der Kulturen, der Rassen, der Hautfarbe, im Glauben, eins nun auch in einem ihr Leben in den nächsten Jahrzehnten prägenden Glaubenserleben, ist in einer immer mehr eins werdenden und sich ihrer Einheit bewußt werdenden Welt auch in politischer Hinsicht ein nicht zu übersehender Ordnungsfaktor. Die Vertretung der Laien auf dem Konzil, abgehoben in ihrer innerkirchlichen Eigenständigkeit, aus der heraus sie dem Konzil auch bei den Aussagen in den politischen Bereich hinein halfen, gegenüber den Vertretern des politischen Bereichs selbst, den Diplomaten bei den öffentlichen Sitzungen, kündigt ein neues Kapitel des Verhältnisses Kirche und Politik an. Die Anwesenheit der nichtkatholischen Beobachter und ihre Auswirkung auf die Arbeiten des Konzils sind ein Zeichen für ein auch politisch wirksam werden wollendes neues Zusammen der Christen in der Auseinandersetzung mit der Welt.

Auch die Wirklichkeit des Verhältnisses von Kirche und Politik trägt auf dem Konzil neue Züge. Johannes XXIII. kommt darauf zu sprechen in der Eröffnungsansprache. „In der gegenwärtigen Weltordnung führt uns die göttliche Vorsehung zu einer neuen Ordnung der Beziehungen unter den Menschen. Sie vollendet so durch das Werk der Menschen selbst und weit über ihre Erwartungen hinaus in immer größerem Maß ihre Pläne, die höher sind als menschliche Gedanken, und die sich nicht berechnen lassen. Diese Tatsachen lassen sich leicht feststellen, wenn man aufmerksam die heutige Welt betrachtet. Sie ist von der Politik und von der Differenz über die Wirtschaftsordnung so in Anspruch genommen, daß sie keine Zeit mehr für die Dinge der geistlichen Ordnung findet. ... Dennoch ist nicht zu leugnen, daß die neuen modernen Lebensbedingungen diesen Vorteil haben, zahllose Hindernisse beseitigt zu haben, durch die seinerzeit die Kinder dieser Welt das freie Wirken der

Kirche beeinträchtigten. Es genügt ein flüchtiger Blick auf die Kirchengeschichte, um deutlich festzustellen, wie gerade die ökumenischen Konzilien ... durch ungerechte Einmischung der staatlichen Autorität mit größten Schwierigkeiten und Mühen zu kämpfen hatten. Die Fürsten dieser Welt wollten dabei zuweilen mit aller Aufrichtigkeit die Kirche schützen. Doch brachten sie dadurch viel öfter der Kirche Schaden und große Gefahren.“ Der Papst verschweigt nicht, daß diese Freiheit des Konzils keine uneingeschränkte ist. Aus manchen Ländern durften die Bischöfe nicht oder nur zum Teil und kontrolliert teilnehmen. Gelegentlich wurde auch von politischer Seite versucht, Druck auf das Konzil auszuüben – ich erinnere an die Geschichte der Deklaration über das Verhältnis der Christen zu den nicht-christlichen Religionen. Trotzdem bleibt das Wort des Papstes wahr, daß „sich die Kirche heute sehr vieler Freiheiten erfreut, die sie früher nicht hatte“. So konnte sie sich auch auf dem Konzil zum Thema, über das wir zu sprechen haben, mit großer Freiheit äußern.

Die Gesamtaussage des Konzils steht nicht in einem einzigen Dokument. Das Wichtigste steht in der pastoralen Konstitution über „Die Kirche in der Welt unserer Zeit“. Grundsätzliche Gedanken sind aber auch in der dogmatischen Konstitution „über die Kirche“ enthalten. Teilfragen von Gewicht werden im Dekret über die Bischöfe, in den Deklarationen über die Religionsfreiheit und die christliche Erziehung behandelt, ebenso im Dekret über die Massenmedien; pastorale Hinweise gegeben im Dekret über das Laienapostolat und über die Missionen.

Ich möchte in einem ersten Teil einige Grundaussagen des Konzils über unseren politischen Auftrag herausstellen; im zweiten Teil einige konkretere Orientierungen.

II.

Einige Grundsätze

Liest man das vierte Kapitel des zweiten Hauptteils der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt, so stößt man zunächst auf eine Situationsschilderung; den Hinweis auf tiefgreifende Änderungen innerhalb der politischen Strukturen und Institutionen, vor allem auf den Demokratisierungsprozeß in einer Reihe von Ländern, dem Kollektivismus in anderen. Der Abschnitt schließt mit dem Satz: „Für den Aufbau eines wirklich menschenwürdigen politischen Lebens ist nichts so wichtig wie die Pflege des Sinnes für Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Dienst am Gemeinwohl, sowie die Schaffung fester Grundüberzeugungen über das wahre Wesen politischer Gemeinschaft, über ihr Ziel, den rechten Gebrauch und die Grenzen der öffentlichen Gewalt.“ Anfang und Ende dieses Abschnitts zusammengefaßt, machen deutlich, daß bei seiner Stellungnahme zur politischen Wirklichkeit das Konzil ebenso die Geschichtlichkeit beachtet wie die Kraft der menschlichen Vernunft, in der Flucht ihrer Erscheinungen Wesenszusammenhänge und ewige Werte zu erkennen.

Man hat gesagt – und ich glaube, mit Recht –, daß das Konzil stärker als bisher je das kirchliche Lehramt die Geschichtlichkeit des Menschen ernst genommen habe. Vielleicht ist tatsächlich der Vorwurf berechtigt, daß nicht genügend Kenntnis der geschichtlichen Wirklichkeit und ihrer Dynamik, ja nicht genügender Wille, diese Geschichtlichkeit ernst zu nehmen, auch für uns deutsche Katholiken in der Vergangenheit zu oft dazu führte, allzusehr in einer abstrakten Grundsätzlichkeit die fälligen Entscheidungen anzugehen und so nicht der ganzen Wirklichkeit gerecht zu werden. Es wäre eine heilsame Reform, wenn wir uns ernster auch um die empirischen Daten und die ihnen gewidmeten Wissenschaften bemühten. Vergleicht man das neue Staatslexikon der Görresgesellschaft mit der vorherigen Auflage, so ist der Fortschritt unverkennbar.

Er darf nur nicht ins Gegenteil umschlagen. Es ist der falsche Eindruck entstanden, als habe das Konzil das naturrechtliche Denken mehr oder weniger abgeschrieben. Wahr ist, daß das Konzil in der Formulierung von Prinzipien als naturrechtlichen vorsichtig war – eben hierin hat es die Geschichtlichkeit unseres Wissens um naturrechtliche Forderungen bedacht. Bedacht auch die Tatsache, daß das vorschnelle Hinstellen eines Prinzips als eines naturrechtlichen das naturrechtliche Denken als solches kompromittieren kann. Es hat auch die häufigere Verwendung dieses Ausdruckes vermieden, der bekanntlich einer Reihe von Mißverständnissen ausgesetzt ist, und hat stattdessen die Sache selbst gesagt, ein Vorgehen, das der Verständigung mit denen dienl, mit denen wir in der Verwirklichung des Naturrechts zusammenarbeiten müssen. Das grundsätzliche Denken in naturrechtlichen Fragen, also auch in staatsethischen, mag gelegentlich bei uns seine Gefahren gehabt haben – es hatte auch seine große positive Bedeutung; und nicht ohne sie anzuerkennen, haben sich in dieser Hinsicht unserem Denken nichtkatholische Gruppen genähert. Mit Recht betont also das Konzil für die Erfüllung unseres politischen Auftrags dieses grundsätzliche Denken, das am Ewigen im Menschen festhält, an seiner unwandelbaren Gottebenbildlichkeit, an unveräußerlichen Rechten der Person, der Familie, der politischen Gemeinschaft, an der sozialen Natur des Menschen mit den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und dem Wesensgehalt des Gemeinwohls; und das sich bemüht, diese Gehalte nicht in höchster Allgemeinheit zu halten, sondern auch möglichst zu konkretisieren – wenn auch diesem Bemühen in der Fehlbarkheit unserer Vernunft und in ihrer Gefallenheit Grenzen gesetzt sind, die uns zur Bescheidung verpflichten.

Neben dem Willen, Wesensdenken und geschichtliches Denken zu einer neuen Synthese zu bringen, fällt ein zweiter in unserer Konstitution auf, der für das Verständnis unserer politischen Aufgabe von großer Wichtigkeit ist: die Synthese von Beachtung der Eigengesetzlichkeit der innerweltlichen Kultursachbereiche und ihre Integration in den Heilszusammenhang aller Wirklichkeit. Niemand hat das kirchliche Lehramt so stark wie in diesem Konzil diese Eigengesetzlichkeit betont und den Respekt vor ihr verlangt. Es leitet daraus die Forderung ab, daß sich die Katholiken in allen diesen Sachbereichen um gediegenes Wissen und Können bemühen. Da diese Eigengesetzlichkeit in

der Schöpfungsordnung selbst begründet liegt, und die Heilsordnung die Schöpfungsordnung umgreift, dürfen wir nie mit Berufung auf die Heilsordnung die Schöpfungsordnung verkürzen. Das gilt auch von der Politik. Auch wenn mit Recht von den Katholiken verlangt wird, daß sie Politik aus dem Glauben und christlichen Gewissen verwirklichen, bedeutet das nicht, daß sie den Versuch machen dürfen, aus den Wahrheiten der Heiligen Schrift oder den Dogmen unserer Kirche unmittelbar politische Programme zu deduzieren; oder daß sie in der Politik ein bloßes Mittel zur Verwirklichung kirchlicher Anliegen sehen dürfen; oder gar ein Instrument, Ihre religiösen Überzeugungen einem ganzen Volk mit den Mitteln der staatlichen Ordnung aufzuerlegen. Sie werden sich auch hüten, Politik ohne weiteres mit politischer Ethik zu identifizieren, sondern wissen, daß es auch hier, ein Sein zu beachten gibt, das der Norm vorausgeht und aus dem sie sich ergibt. Sie werden den Wissenschaften, die sich damit befassen, entsprechende Aufmerksamkeit schenken.

Was aber heißt dann konkret Politik aus dem Glauben, aus dem christlichen Gewissen? Es heißt, die Relativität dieser Eigengesetzlichkeit ebenso wahrhaben wie die Eigengesetzlichkeit selbst; heißt anerkennen, daß alle Wirklichkeit im Zusammenhang steht mit dem Geheimnis der Schöpfung, der Menschwerdung des Sohnes Gottes, Seiner Auferstehung und glorreichen Wiederkunft, in Zusammenhang auch mit dem Geheimnis der Sünde, der Erlösung durch das Kreuz und der Vorläufigkeit aller irdischen Lösungen menschlicher Fragen und Anliegen. Indem der Christ all dieses betrachtet, erscheint ihm die politische Vordergründigkeit in einem hintergründigen Licht, und indem er sie angeht aus der Kraft seines Glaubens und seiner Liebe, läßt er in die Dynamik des politischen Geschehens metapolitische Dynamismen einströmen und wirksam und leuchtend werden: nicht um jene zu zerstören, sondern zu befreien und zu heilen; nicht um sie in politischer Machtausübung zu beherrschen, sondern um dem Menschen in seiner Gesamtbestimmung tiefer zu dienen. Hier ist durchaus auch eine Theologie des Politischen gerechtfertigt, die seine naturrechtliche Seite ergänzt und vor der Gefahr einer Ideologisierung bewahrt – nicht jede politische Theologie ist allerdings vor dieser Gefahr gewarnt!

Und hier ist der Ort, von einem dritten grundsätzlichen Motiv in der Lehre des II. Vatikanischen Konzils über unsern politischen Auftrag zu sprechen: dem Ort der Kirche in diesem Zusammenhang, und der Ausübung ihres Auftrags. Hier lesen wir in der pastoralen Konstitution den wichtigen Satz: „Die ihr eigene Sendung, die Christus der Kirche übertragen hat, geht zwar nicht auf die politische, wirtschaftliche oder soziale Ordnung; das ihr gesetzte Ziel gehört ja der religiösen Ordnung an. Doch fließen aus eben dieser religiösen Sendung Auftrag, Licht und Kraft, um der menschlichen Gesellschaft zu Aufbau und Festigung gemäß Gottes Gesetz zu verhelfen. Ja, wo es nötig ist, muß die Kirche selbst, den Umständen gemäß, Werke zum Dienst an allen, besonders an den Armen, in Gang bringen.“ „Die Kirche anerkennt, was an Gutem im heutigen gesellschaftlichen Prozeß vorhanden ist: besonders die Entwicklung hin zur Einheit, den Prozeß einer gesunden Sozialisation und der bürgerlichen und wirtschaftlichen Vorgesell-

schaftung ...“ Die Kraft, die die Kirche der menschlichen Gesellschaft von heute einzugeben vermag, besteht aber in der lebendigen Verwirklichung ihres Glaubens und ihrer Liebe, nicht in einer äußeren, mit rein menschlichen Mitteln ausgeübten Macht.

Wer aber leistet in der menschlichen Gesellschaft, also auch im Politischen, diesen Dienst der Kirche? Die gesamte Kirche in all ihren Gliedern! Aber in verschiedener Weise durch die verschiedenen. Die Laien sind eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich zuständig für die innerweltlichen Aufgaben und Aktionen. Im Wissen um die Forderungen des Glaubens und ausgerüstet mit seiner Kraft, sollen sie, wo immer es angeht, initiativ und aktiv werden. Ihrem recht geschulten Gewissen obliegt die Aufgabe, das göttliche Gesetz dem irdisch-bürgerlichen Bereich aufzuprägen. Von den Geistlichen dürfen die Laien das erleuchtende und stärkende Wort erwarten. Sie sollen aber nicht meinen, daß ihre Seelsorger in dem Maß sachverständig seien, immer in den, bisweilen auch gewichtigen neu auftauchenden Fragen sofort eine konkrete Lösung bereit zu halten, oder daß sie dazu berufen seien. Sie sollen vielmehr selbst im Lichte christlicher Weisheit, immer allerdings orientiert an der Lehre der Kirche, ihre eigene Verantwortung wahrnehmen.

Es ist hier in der Sprache des kirchlichen Hirtenamtes ein neuer Akzent unverkennbar. Er bedeutet nicht, daß sich das Amt folge von seiner eigenen Verpflichtung zurückzieht. Es bedeutet vielmehr: Das Amt zieht aus der wachsenden Komplexität der Sachfragen, in denen es zu entscheiden gilt, und aus der wachsenden Möglichkeit der Laien in der Kirche, ihre eigene Verantwortung auf Grund ihres Glaubens und Liebens, Wissens und Könnens wahrzunehmen, die Folgerung. Wenn auch diese Zurückhaltung, diese zunehmende Zurückhaltung des kirchlichen Amtes in der Übernahme unmittelbarer Verantwortung im Weltauftrag der Kirche einen Wandel der Form des politischen Engagements der Kirche bedeutet, dann doch nicht eine Minderung dieses Engagements selbst. Das Konzil selbst sagt: „Es ist sehr wichtig, daß, besonders innerhalb der pluralistischen Gesellschaft, ein rechtes Verhältnis zwischen der politischen Gemeinschaft und der Kirche gewährt werde, so daß zwischen dem, was die Christen, einzeln oder in Verbänden, im eigenen Namen als Bürger tun, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Oberhirten tun, klar unterschieden wird.“ Darum ist das Engagement der Christen als Bürger, in eigener Verantwortung, durchaus auch ein Wirksamwerden der Kirche. Kirche ist ja nicht nur Hierarchie, ist auch das ganze Volk Gottes, in dem jedes Glied seine eigene Verantwortung und Gabe, nicht nur zum Aufbau der Kirche, sondern auch zum christlichen Dienst am Menschen in dieser Welt hat, also auch in der politischen Ordnung.

Hier aber entsteht offenbar aus dem neuen Akzent ein Problem. Muß diese Verantwortung eines jeden einzelnen nicht zu einer Auflösung des gemeinsamen Willens der Christen gegenüber den politischen Fragen, und damit auch zu einer Gefahr für die Durchsetzung dieses Willens werden? Das Konzil sieht das Problem und antwortet darauf: „Off wird gerade eine christliche Schau der Dinge sie zu einer bestimmten

Lösung in besonderen Umständen drängen. Andere Gläubige aber werden, wie es oft genug und auch durchaus zurecht vorkommen kann, in der gleichen Frage ebenso ehrlich zu einem anderen Urteil kommen. Manchmal werden dann beide Lösungen, auch gegen den Willen der Parteien, von vielen identifiziert mit der christlichen Botschaft selbst. Da aber sollte man bedenken, daß in solchen Fällen niemand das Recht hat, die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine Meinung in Anspruch zu nehmen. Immer aber soll man dann in aufrichtigem Gespräch miteinander zur Klarheit zu kommen versuchen, dabei zugleich die gegenseitige Liebe wachend, und vor allem auf das gemeinsame Wohl bedacht sein." Der Anklang an „Mater et Magistra“ ist unverkennbar: Es kann hier auch einmal notwendig werden, daß die Rücksicht auf das gemeinsame Beste den Einzelnen bestimmen muß nachzugeben. Man würde den Text mißverstehen, wenn man daraus eine Absage an alle organisierte Form zum gemeinsamen Durchsetzen christlicher Anliegen im öffentlichen Leben sehen wollte. Das wäre gegen das, was in der gleichen Konstitution als Verzicht auf eine individualistische Ethik gefordert wird, und gegen die Linie des Dekrets über das Laienapostolat, das für die Frage der Organisation der Einwirkung auf den weltlichen Bereich jene Form nahelegt, die unter den gegebenen Umständen der Erreichung des Zieles am gemäßtesten ist.

III.

Elnige Konkretisierungen

So folgenschwer für die Erfüllung des politischen Auftrags der Katholiken die allgemeinen Orientierungen des Konzils werden dürfen, so behutsam ist das Konzil selbst in ihrer Konkretisierung. Es weiß, wie viel hier im Fluß ist, es weiß um die höchst unterschiedliche Situation der Teilkirchen. Immerhin enthält seine Aussage einige Hinweise, die auch für uns, in der uns im Abschluß der Konstitution aufgetragenen Anwendung auf unseren Raum, bedeutsam sind. Ich möchte drei besonders herausstellen.

Der erste ist die Frage des persönlichen politischen Engagements und der breit gestreuten politischen Verantwortung und des Verhältnisses von Gesellschaft und Politik, das im Zusammenhang damit gesehen werden muß.

Die Entwicklung der menschlichen Person zu wachsendem Selbstbewußtsein und zu wachsender Freiheit in der Welt läßt das Konzil die Forderung unterstreichen, der Person im politischen Bereich auch jenes Maß an Mitverantwortung einzuräumen, das sie ihrer Bildung und den Umständen gemäß zu übernehmen imstande ist. Die Kirche bejaht damit den politischen Demokratisierungsprozeß.

Seine ethische Konsequenz für den einzelnen ist die verantwortungsbewußte Mitarbeit der Bürger am täglichen Leben des Staates. Für die Christen trägt dieses Engagement ein besonderes Gepräge: Sie sollen beispielgebend dafür sein, wie man aus Gewissensverantwortung handelt und sich

für das Gemeinwohl einsetzt. Sie sollen durch ihr Tun zeigen, wie sich Autorität mit Freiheit, persönliche Initiative mit solidarischer Verbundenheit im gemeinsamen Ganzen, rechte Einheit in fruchtbarer Vielfalt verbinden lassen. Berechtigte Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Ordnung der irdischen Dinge sollen sie anerkennen, und die anderen, die andere Meinungen in angemessener Weise als einzelne oder in Gruppen verteidigen, sollen sie achten.

„Sie sollen der Regierung nicht zu große Vollmachten zuweisen und sie nicht ungebührlich durch das Verlangen nach Vorteilen und Zuwendungen überfordern, so daß die Eigenverantwortung der einzelnen, der Familien und gesellschaftlichen Gruppen gemindert würde.“

Einige dieser Verantwortungen stellt das Konzil besonders heraus: die Verantwortung der Ehe für die Kindererzeugung; die Verantwortung der Eltern für die Erziehung der Kinder; die Verantwortung der freien gesellschaftlichen Kräfte für die Gestaltung der Wirtschaft, der Kultur, der öffentlichen Meinung. So wird an vielen Stellen des Konzils der Grundsatz der Subsidiarität der staatlichen Leistung unterstrichen, im doppelten Sinne: der ergänzenden Hilfeleistung da, wo die kleinere Gemeinschaft allein nicht zurechtkommt, der ersetzenden da, wo sie versagt.

Bejaht das Konzil einerseits im Zusammenhang mit der Sozialisation des heutigen Lebens, der Zunahme der Vergesellschaftungsprozesse, die Notwendigkeit wachsender Eingriffe des Staates, in das gesellschaftliche Leben zur Gewährleistung des Gemeinwohls, so verweist es zugleich die Katholiken auch auf die Mitarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, auch im Sinne der Freimachung der politischen Gewalt für ihre eigene Aufgabe. Wir werden uns überlegen müssen, ob nicht der kommende Adressat vieler unserer Wünsche weniger der Staat als vielmehr die Gesellschaft ist.

Dabei müssen wir die Tatsache des Pluralismus der weltanschaulichen Standpunkte in ihr hinnehmen. Nicht, indem wir nachlassen, für die Wahrheit, von der wir überzeugt sind, auch im öffentlichen Leben um den zu werben, der anderer Meinung ist als wir. Wohl aber, indem wir dabei selbst den anderen zu überzeugen versuchen und dabei die Wege gehen, die auch das Recht des Andersdenkenden achten und die Wahrheit liebenswert erscheinen lassen.

Ein eigener Abschnitt im Kapitel über das politische Leben beschäftigt sich mit dem Verhältnis der politischen Gemeinschaft zur Kirche. „Beide dienen, freilich auf Grund verschiedener Sendung, der einen und gleichen persönlichen und sozialen Berufung des Menschen. Diesen Dienst können beide zum Wohl aller um so wirksamer leisten, je mehr und je besser sie ein rechtes Zusammenwirken miteinander pflegen.“

Die Organisation dieses Zusammenwirkens kann in den verschiedenen Ländern und in den verschiedenen Epochen der Geschichte eine wechselnde Gestalt annehmen. Ausdrücklich formuliert für die Gestaltung das Konzil einige Prinzipien.

„Bei der engen Verbindung des Irdischen mit dem, was am Menschen über diese Welt hinausreicht, bedient sich die Kirche selbst der irdischen Dinge, soweit es ihre eigene Sendung erfordert. Doch setzt sie ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Inanspruchnahme legitim erworbener Rechte immer da verzichten, wenn feststeht, daß sonst die Lauterkeit ihres Zeugnisses in Frage gestellt ist, oder wenn veränderte Verhältnisse eine andere Regelung fordern.“ Die Konsequenz dieser Feststellung zieht das Konzil bewußt in der Deklaration über die Religionsfreiheit. Die katholische Kirche fordert für sich nirgendwo eine Rechtsstellung im politischen Gemeinwesen, mit der eine Diskriminierung anderer religiöser Überzeugungen oder Einschränkung der Freiheit der religiösen Entscheidung anderer, Personen oder Gruppen, verbunden ist.

„Immer und überall aber nimmt sie für sich das Recht in Anspruch, mit wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, ihre Soziallehre kundzumachen, ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und sittliche Urteile auch über politische Angelegenheiten zu fällen, wenn die persönlichen Grundrechte oder das Heil der Seelen es verlangen. Sie wendet dabei alle, aber auch nur jene Mittel an, welche dem Evangelium und dem Gemeinwohl je nach Zeit und Umständen entsprechen.“

Und dann leitet die Aussage des Konzils über zu einem letzten bedeutsamen Inhalt im politischen Auftrag der Christen:

der Förderung des Friedens und dem Aufbau der Völkergemeinschaft.

„Allmählich zur Einheit zusammengewachsen und sich dieser Einheit überall schon besser bewußt, kann die ganze Menschheitsfamilie ihre Aufgabe, die Welt für alle Menschen in allen Ländern menschlicher zu gestalten, nur erfüllen, wenn alle sich in einem neuen Denken einer Haltung zuwenden, die dem wahren Frieden zugewandt ist.“ Aus der Friedensbotschaft des Evangeliums ergibt sich hier in besonderer Weise ein Appell an die Christen, sich mit allen wahrhaft friedliebenden Menschen zusammenzufinden, um den Frieden zu erleben und zu sichern. Das bedeutet nicht bloß ihren Beitrag zur Eindämmung und Verhinderung von Kriegen, sondern vor allem ihren Beitrag dazu, daß der Friedenswille in der Menschheit wächst, daß Feindschaft, Verachtung, Mißtrauen, Rassenhaß und ideologische Verranntheit überwunden werden, die Menschen trennen und zu Gegnern machen, daß Erziehung und die Bildung der öffentlichen Meinung ein Umdenken in der Welt weckt, die großen gemeinsamen Fragen gemeinsam anzugehen, die uns in der internationalen Zusammenarbeit gestellt sind. Dazu gehört insbesondere die Förderung der Entwicklungshilfe, die Bemühung um die Lösung des Problems der Bevölkerungszunahme und der Ausbau der internationalen Institutionen. Ohne das Drängen auf die Einrichtung internationaler politischer Institutionen, die die bisherigen Zuständigkeiten nationaler Autorität begrenzen, können die großen politischen Fragen der Zukunft nicht gelöst werden. Obgleich das Konzil auch der Liebe zum Vaterland und dem Willen zur eigenen Staatlichkeit das ihr gebührende Recht gibt, verlangt es den

wachsenden Sinn für die Notwendigkeit dieser internationalen politischen Ordnung und die Überwindung begrenzt nationalstaatlichen Denkens in der Politik. Die Universalität der Kirche verpflichtet die Christen hier zu einem Beispiel. Dabei sollen sie eine aktive und ehrliche Zusammenarbeit anstreben mit den getrennten Brüdern, die sich gemeinsam mit ihnen zur Liebe des Evangeliums bekennen, und mit allen Menschen, die den wahren Frieden ersehnen.

IV.

Das Konzil beschloß, zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit in der Welt ein Organ der Gesamtkirche zu schaffen. Es wollte damit ein Symbol setzen. Symbolische Gesten sind heute bedeutsam. Ich denke an die Korrespondenz zwischen dem deutschen und dem polnischen Episkopat, die ein Symbol des Willens zur Verwirklichung konziliarer Friedensimpulse war – und sie war mehr als ein Symbol. Es bedarf nun dieses Mehr. Der Episkopat der Weltkirche hat seinen Dienst getan, uns unsere politische Aufgabe neu sehen zu lassen. Er war sich der verhältnismäßigen Allgemeinheit seiner Aussagen bewußt und sprach deshalb am Ende des Konzils die Überzeugung aus:

„Wir vertrauen sehr darauf, daß allen eine gute Hilfe sein kann, was wir, gestützt auf Gottes Wort und den Geist des Evangeliums, vorgetragen haben, vor allem, nachdem es von den Gläubigen unter Leitung Ihrer Hirten an die Situation und Mentalität der einzelnen Völker angepaßt, in die Tat umgesetzt wird.“

Christ und Armee

Aus: NEUE ZEIT (Ost-CDU). Ost-Berlin, Nr. 230 vom 1. 10. 1966.

„In wenigen Tagen begehen wir den 17. Jahrestag der Gründung unserer Deutschen Demokratischen Republik . . . Was wir gemeinsam in mehr als zwei Jahrzehnten demokratischen und sozialistischen Aufbaus erarbeitet haben, wollen und werden wir auch gemeinsam schützen und verteidigen . . . Von der gemeinsamen Verantwortung aller Bürger unserer Republik für die Verteidigung des Friedens in Deutschland geht auch der Beschluß des Sekretariats des Nationalrats vom 7. Januar 1966 über die sozialistische Wehrerziehung aus, auf dessen Grundlage wir unsere heutige Beratung einberufen haben. Mit Recht wird in diesem Beschluß unterstrichen: „Die in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräfte betrachten die Nationale Volksarmee als den Teil ihrer selbst, der in Uniform die Arbeit der Bürger schützt und die Grenzen sichert.“ Ausdrücklich wird in diesem Beschluß hervorgehoben: „Die sozialistische Wehrerziehung ist das gemeinsame Anliegen aller in der Nationalen Front zusammengeschlossenen gesellschaftlichen Kräfte“ . . .

Das Ziel unserer Armee besteht einzig und allein in der Sicherung unserer sozialistischen Errungenschaften, in der wirksamen Verteidigung der Interessen der ganzen Nation, in der tatkräftigen Mitwirkung am bewaffneten Schutz der Sache des Sozialismus und des Friedens in Europa und in der Welt . . .

Dienst in der Nationalen Volksarmee ist also Dienst am Volke und am Frieden, ist im wahrsten Sinne des Wortes Ehrendienst. Junge Christen sehen im Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee eine Form des ihnen aufgetragenen Friedensdienstes.

Im gemeinsamen Dienst zum Schutz unserer sozialistischen Heimat bewährt sich die brüderliche Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen. Mit Recht können wir sagen, daß das Verantwortungsbewußtsein und die Kampfmoral vieler junger Christen, die in unserer Armee unser Land und unsere Errungenschaften zu verteidigen bereit sind, ein sichtbares Ergebnis und ein überzeugender Beweis dieser Gemeinsamkeit sind . . . Wir Christen sind gleichberechtigte und gleichverpflichtete Bürger unseres Staates. Gleiche Rechte ziehen gleiche Pflichten nach sich. Das sagen wir vor allem jenen Kreisen, die christlichen Bürgern zuweilen noch einreden wollen, sie seien „Staatsbürger zweiter Klasse“. Es wäre eines Christen unwürdig, auf der einen Seite zwar die Vorteile und Vorzüge in Anspruch zu nehmen, die unser Arbeiter-und-Bauern-Staat, unsere sozialistische Gesellschaftsordnung ihm bieten, aber auf der anderen Seite den militärischen Schutz dieser Gesellschaftsordnung den Nichtchristen überlassen zu wollen. Das entspräche weder dem Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung noch der christlichen Gewissenspflicht.

Die jungen Christen in unserem Staat fühlen sich ebenso wie alle anderen Bürger zu Taten für den Schutz der Heimat gerufen. In der Nationalen Volksarmee bewähren sie ihre Solidarität mit ihren nichtchristlichen Kameraden. Mit ihren militärischen Leistungen beweisen sie, daß sie sich in ihrem Beitrag zum Schutz dessen, was wir uns gemeinsam erarbeitet und erkämpft haben, von Nichtchristen nicht beschränken lassen. In vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung für den Nächsten und für den Frieden stellen sie sich dem bewaffneten Dienst in unserer Nationalen Volksarmee zur Verfügung. Damit vereiteln sie gleichzeitig die trügerische Hoffnung der westdeutschen Militaristen und der mit ihnen durch den Militärseelsorgevertrag verknüpften Kirchenleitungen, unter bestimmten Kreisen junger Christen einen Ansatzpunkt für die 'psychologische Kriegsführung' gegen die Deutsche Demokratische Republik, für kriegsvorbereitende Maßnahmen zur ideologischen 'Aufweichung' des Deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates zu finden.

Die jungen christlichen Bürger unserer Republik leisten ihren Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee, weil sie von der nationalen Mission unseres Staates durchdrungen sind und weil sie um die großen Gefahren wissen, die heute vom Imperialismus ausgehen . . .

Jeder christliche Bürger unserer Republik muß sich verpflichtet wissen, durch aktive Unterstützung aller Anstrengungen zum Schutz unserer Errungenschaften und zur Sicherung des Friedens das Seine zu tun, um die Revanchisten, die die DDR zu beseitigen trachten, nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß sie der geschlossenen Abwehrkraft unserer politisch-moralisch geeinten Bevölkerung und der unüberwindlichen Kampfkraft einer modernen und militärisch leistungstarken Armee gegenüberstehen und daß ein Angriff auf die Deutsche Demokratische Republik, sollten die Imperialisten ihn wagen, nur mit einer vernichtenden Niederlage der Aggressoren enden könnte.

Eines der traurigsten und verwerflichsten Kapitel der Bonner Politik ist der Mißbrauch des Christentums für die Rechtfertigung des aggressiven Kurses der westdeutschen Imperialisten. Das eklatanteste Beispiel dafür ist der Militärseelsorge-Vertrag der Bundesregierung mit den westdeutschen Kirchenleitungen . . . Wir Christen wissen auch, daß es in der Bibel heißt, der Christ solle das Böse hassen . . . Diese menschliche Haltung, die dem Christen aufgetragen ist, stimmt überein mit den Prinzipien des sozialistischen Humanismus. Wir sind völlig einverstanden mit der Feststellung in dem Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der FDJ vom 5. Juli 1966, der zu dieser Frage sagt: 'Unser unerbittlicher Kampf gegen die imperialistischen Verderber unseres Volkes ist kein blinder Haß, sondern Ausdruck der Liebe und Verantwortung für das Leben und auch die Gemeinsamkeit aller friedliebenden Deutschen gegen die Bonner Aggressionspolitik.' . . .

Die beste Gewähr für die Verhinderung eines neuen Krieges von deutschem Boden aus ist die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft des deutschen Friedensstaates, die Stärkung des politischen und militärischen Bündnisses der sozialistischen Länder Europas . . ."

Gerald Götting

1. Vorsitzender der Sowjetzonen-GDU

Spiegel des kirchlichen Lebens

Hier bringen wir eine Übersicht der wichtigsten Nachrichten aus dem kirchlichen Leben.

Zunächst Ausschnitte aus dem letzten Protokoll der Sitzung des KOK Führungskreises vom 26. 11. 1966:

„Der MilGenVik hob hervor, daß

- der KOK anerkannt werde und Verdächtigungen entgehe in dem Maße, in dem er die in ihn gesetzten Erwartungen durch echte Leistungen erfülle;
- die Initiative des einzelnen als gemeinschaftlich-bildender Faktor stärker erkannt werden müsse;
- die Unterscheidung zwischen OffzSeelsorge durch die MilGeistlichen) und OffzArbeit (durch die „Laien“) im Bewußtsein verankert werden müsse.“

Die Durchführung einer Sammlung von 500,— DM für 10 Zeitungs-Jahrespatenschaften (Rhein. Merkur) zugunsten ausländischer Freunde wurde beschlossen. Verantwortlich für die Verwirklichung: die Wehrbereichssprecher und Sprecher See. Die Sammlung sollte in Königstein 1967 abgeschlossen werden. Ein entsprechender Hinweis (mit Dankschreiben bisheriger Abonnenten) wird im nächsten KOB veröffentlicht.

Berichte aus den Wehrbereichen

WB I / Bereich See:

KorvKpt Helbiges hat anlässlich der KOK-Tagung in Nülschau aus dienstlichen Gründen sein Amt als KOK-Wehrbereichssprecher I zur Verfügung gestellt. An seiner Stelle wird bis zur Neuwahl im Frühjahr 1967 als bereits nominierter Nachfolger OLI z. S. Gerwin Hüllik (237 Rendsburg, Kolberger Straße 38) die Geschäfte kommissarisch wahrnehmen. Wehrbereichsdekan I hat schriftlich sein Einverständnis bekundet.

Berichtet wurde über Regionaltagungen in Plön und Nülschau, über regelmäßige lokale Arbeit in Kiel und Flensburg sowie über Schwierigkeiten der Arbeit in Husum, Schleswig und Hamburg. Besonders bei jungen Offizieren seien noch immer mangelnde Information über den KOK, ein gewisses Mißtrauen gegen seine Absichten und Einwände gegen eine zu hoch angesetzte Thematik festzustellen.

WB II:

Berichtet wurde über eine Regionaltagung im Kath. Zentrum Worphausen bei Bremen (dort eindrucksvoller Erfahrungsbericht von OTL Kather über die OffzArbeit im Rahmen der OffzSeelsorge), über regelmäßige Arbeit in Münster, Lingen und Hannover sowie unregelmäßige in Wilhelmshaven. Flexibilität unserer Methoden sei nötiger denn je; es fehle an praktischen Auswirkungen der Woche der Besinnung in Königstein auf die örtlichen Veranstaltungen, junge Offz seien nur in geringer Zahl vertreten; der Schwerpunkt müsse vermehrt auf praktische Aufgaben gelegt werden; es werde nicht gewünscht, Veranstaltungen von der Standort- oder Regionalebene auf die Ebene der Truppengliederung zu verlagern, weil dadurch der Zusammenhalt des OffzKorps eines Verbandes beeinträchtigt werden könnte. Zu studieren seien die Auswirkungen des Fernsehens auf die Bereitschaft zur Mitarbeit im KOK.

WB III:

Die Arbeit in Münster/Weslf. stagniert durch Versetzungen z. Z. völlig. Im Großraum Köln partizipieren Stabsfeldwebel an den Veranstaltungen. Bei den Akademien in Bensberg (gute Beteiligung) werden nach wie vor Fragen der Gliederung und Mitgliedschaft diskutiert. Wie in Bonn sind an verschiedenen Standorten regelmäßige KOK-Veranstaltungen.

WB VI:

Berichtet wurde über die starken Impulse der Arbeit im Großraum München (In München 5 ArbGruppen, weitere in Fürstenfeldbruck, Freising und Neubiberg). Besonders wirksam erwiesen sich Familienexerzitien. Regionale Tagungen (wie in Bensberg) finden etwa vierteljährlich als Abendveranstaltungen mit einer Beteiligung von ca. 150 Offz statt; nächste Akademietagung 17.-19. 4. 1967 in München.

Einzelberichte

Diese dürften deshalb interessant sein, weil sie einen Einblick in die unterschiedliche und vielgestaltige Arbeitsweise unserer Kreise geben.

... Im Bereich der Kath. Standortpfarrer Regensburg I und II sind etwa 80 katholische Offiziere von zusammen etwa 180. Als Katholischer Offizierskreis treffen sich monatlich jeweils zwischen 10 und 20 Offz entweder beim Standortpfarrer oder bei einer empfohlenen Veranstaltung, wie etwa: Kath. Akademie in Bayern, Referat des tschechischen Bischofs Hlnica oder man regt selbst ein Referat an, wie das des Diözesanbischofs Dr. Rudolf Graber über das Konzil. Außerdem wurden die „Regensburger Domspatzen“ in ihrem Heim besucht und für Januar ist eine Führung durch die neuesten Ausgrabungen unter der Niedermünster-Kirche vorgesehen. Gegenseitiges Kennenlernen, Information und Unterstützung der Militärseelsorge werden auf diese Weise gefördert und wir hoffen damit im neuen Jahr weitere Fortschritte machen zu können. Freilich würden wir uns viel leichter tun, wenn wir auch passendere Räumlichkeiten zur Verfügung hätten, z. B. in einem Soldatenheim!

Interessieren dürfte Sie auch, daß wir, ebenfalls ab Januar mit einem Unteroffizierskreis einen Startversuch machen wollen und zwar am 31. 1. 1967 um 19.30 Uhr in der Rafflerkaserne.

Sollten Sie einmal nach dem Süden kommen, würden wir uns sehr über Ihren Besuch freuen!

Mit den besten Grüßen und Wünschen!

Am 19./20. November 1966 trafen sich in der behaglichen Umgebung der neuen katholischen Bildungsstätte in Wörphausen b. Bremen durch die wohlwollende und tatkräftige Unterstützung des Wehrbereichsdekans katholische Offiziere aus 14 Seelsorgebezirken des Wehrbereiches II zu einer Arbeitstagung unter der Gesamthematik: „Die Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge“. Zum ersten Male waren auch einige Ehefrauen mitgekommen.

Caritasdirektor und Militärpfarrer im Nebenamt Maritz führte mit einem Referat über „Christliche Glaubensexistenz heute“ in die Tagung ein und verstand es, sehr überzeugend darzustellen, daß die Unanschaulichkeit Gottes immer wieder Zweifel an seiner Existenz aufkommen läßt. Wir begegnen Ihm aber täglich im Mitmenschen. In dieser Begegnung muß sich der Christ bewähren. Hier ist er gefordert.

Nach diesem theologischen Einstieg wurde das Wesen und Wollen des KOK vom Auftrag des Laien her allen Teilnehmern vom Wehrbereichs-Sprecher nochmals in Erinnerung gebracht.

Diesem Wollen stellte OTL Kathar als langjähriger Kommandeur eines Versorgungsbataillons in einem kurzen Referat klar und überzeugend gezeichnet die Möglichkeiten und Grenzen im harten Truppenalltag entgegen. Dabei umriß er das weite Spannungsfeld zwischen ziviler und militärischer Kirchengemeinde, Militärpfarrern und KOK-Arbeit, Offizierskorps und konfessionelle Arbeit, soldatische Führungsfunktion und kirchliches Engagement. Am Abend plauderte Pfarrer Maritz als Mitbegründer der Bildungsstätte in geselliger Runde über die Entstehung des prächtigen Hauses sowie über Leben und Wirken des Namensgebers Niels-Stensen.

Besonders freudig wurde auch am späten Abend Generalvikar Dr. Gritz begrüßt, der am Sonntag zelebrierte und ein Referat über die katholische Laienbewegung hielt. Dabei verstand er es aus seiner umfassenden Sicht als Theologe und Historiker den Unterschied zwischen Gläubigen und Laien deutlich zu machen und die Laienbewegung in ihrer Entwicklung und heutigen Aufgabenstellung darzulegen.

Auf der Grundlage der vorgetragenen Gedanken entwickelte sich dann eine mehrstündige, rege Aussprache über die Möglichkeiten und Wege praktischer Laienarbeit in den Militärkirchengemeinden. Manche Bedenken und Zweifel wurden ausgeräumt und machten Anregungen und Hinweisen für die Vertiefung und Verbreiterung der KOK-Arbeit in den Militärseelsorgebezirken Platz.

In Bonn trifft sich der KOK im Albertinum, Koblenzer Straße, am 27. 2., 3. 4., 22. 5., 26. 6. 1967.

Bisher wurden bei Vorträgen behandelt:

- 24. 10. 66 „Die sogenannte Aufklärung von Kindern und Jugendlichen – Problem für die Eltern?“, am
- 28. 11. 66 „Die Evangelien – Ihre Widersprüche und unser Glaube“, am
- 23. 1. 67 „Biblisches Land heute“, ein Lichtbildervortrag über das heutige Israel.

In weiteren Themen sind vorgesehen:

- „Sinn und Aufgabe studentischer Verbindungen in der heutigen Zeit“,
- „Religion und Naturwissenschaft – Ergänzung oder Ausschluß“, sowie Themen über die Philosophie des Todes, über Bibelfragen usw.

Einladungen zu Tagungen des KOK sollen diese Auswahl beschließen.

In München hat Generalmajor W. Hess die Königsteiner Offizierkreise in der Stadt und aus Neubiberg wie folgt eingeladen:

Liebe Kameraden!

In diesem Sommer ist durch verschiedene Umstände leider eine längere Pause in der Arbeit des KOK eingetreten. Da wir aber bestrebt sind, uns mit den aktuellen Fragen der Kirche und des Glaubens gerade in der heutigen Zeit nicht nur gelegentlich zu beschäftigen, soll schon wenige Tage nach der Übung Fallex unser nächstes Zusammensein stattfinden.

Am Donnerstag, dem 27. Oktober 1966, 20.00 Uhr, spricht im Offiziersheim (Bayernzimmer) der HOS III, München, Schwere Reiterstr., Herr Professor Dr. Dr. Alois Guggenberger zu uns über das Thema „Moderne Naturwissenschaft und christlicher Glaube“. Zu diesem Vortrag möchte ich alle Mitglieder und Freunde des KOK mit ihren Damen herzlich einladen.

Für 14. 12. 66 abends ist in der Kath. Akademie in München, Mandlstr. 23, eine Vortragsveranstaltung für einen größeren Kreis katholischer Offiziere vorgesehen. Ich bitte, diesen Zeitpunkt vorzumerken. Die Einladungen werden voraussichtlich im November versandt.

Ich bitte die Obmänner des KOK, die Einladungen für den 27. 10. 66 nach Möglichkeit noch vor der Übung Fallex in ihrem Kasernenbereich zu verteilen.

Mit besten Grüßen

In Fürstentfeldbruck hat der Katholische Standortpfarrer G. Brandstetten eingeladen:

Im Winterhalbjahr ist aus verschiedenen Gründen von seiten der Militärseelsorge und des Königsteiner Offizierkreises mehr zu erwarten als in den Sommermonaten. Nicht verwunderlich also, wenn Sie wieder einmal angesprochen werden. Zugleich soll damit den „neuen“ Herren ein herzlicher Willkommensgruß geschrieben sein!

1. Für die katholischen Offiziere im Wehrbereich VI findet wieder ein Exerzitienkurs statt, zu dem ich Sie hiermit aufrufe und einlade.
2. Am Mittwoch, dem 14. 12. 66 abends ist in der Katholischen Akademie in München, München 23, Mandlstr. 23, eine Vortragsveranstaltung geplant, zu der nicht bloß Sie, sondern auch Ihre Frau Gemahlin herzlich eingeladen sind und zu deren „Vervollständigung“ ein gemeinsames Abendessen mit geselligem Beisammensein gehören werden. Ich weiß bisher weder Thema noch Redner, muß Sie aber trotzdem ersuchen, Ihre Anmeldung bis zum Freitag, dem 2. 12. 66, zu tätigen. Nach bisherigen Erfahrungen wird beiderseits „Schmackhaltes“ geboten, obwohl die anfallenden Kosten gering sein werden. Bei genügender Beteiligung fährt von hier ein Bw-Bus, in dem selbstverständlich auch die Damen Platz finden.
3. Für das kommende Frühjahr 1967 sind voranzukündigen:
 - a) die 8. Königsteiner Woche für Offiziere im April 1967, zu der ich, wenn's irgend möglich ist, zwei Herren melden möchte (eill aber noch nicht!) und
 - b) eine zweitägige Akademie für Offiziere in München ebenfalls im April 1967 nach dem Muster der gut gelungenen Veranstaltung vom 15.-17. 2. 66.

Herzliche Grüße, guten Mut, Gottes Segen für Ihre Arbeit, beste Wünsche für Ihr Wohlergehen und das Ihrer Familie!

Lourdes 1967. In diesem Jahr jährt sich die erste internationale Soldatenwallfahrt zum zehntenmal. Diese erhebende Vereinigung von 20 000 bis 30 000 Beterin, aus zehn und mehr Nationen, am Halligim Mariens ist eines der wunderbarsten Glaubenszeugnisse nach dem letzten Krieg. Die Bundeswehr hat immer ein starkes Kontingent gestellt. Trotz der starken dienstlichen Belastung, sollte in diesem Jahr besonders die Zahl der teilnehmenden Offiziere größer sein, als bisher. Vielleicht bewährt sich auch hier kameradschaftliche Hilfe. So könnte man sich vielleicht von dem Kameraden vertreten lassen, dessen Aufgaben man mitübernommen hat, als dieser nach Königstein fuhr. Bitte notieren: 8.-14. Juni 1967.

Kurz vor Redaktionsschluß traf die neue Bußordnung ein, wir bringen sie im vollen Wortlaut:

Die neue kirchliche Bußordnung für die Fastenzeit und die Freitage des Jahres

Die neue von der deutschen Bischofskonferenz beschlossene Bußordnung bestimmt folgendes:

1. Alle Gläubigen sind durch göttliches Gebot gehalten, Buße zu tun.
2. Die 40tägige Fastenzeit ist die große Bußzeit des Kirchenjahres und „hat die doppelte Aufgabe, einerseits vor allem durch Tauferinnerung oder Taufvorbereitung, andererseits durch Buße die Gläubigen, die in dieser Zeit mit größerem Eifer das Wort Gottes hören und dem Gebet obliegen sollen, auf die Feier des Pascha-Mysteriums vorzubereiten“ (Liturgiekonstitution des II. Vatikanischen Konzils Nr. 109).

In der Fastenzeit soll jeder Christ, je nach seiner wirtschaftlichen Lage in brüderlicher Liebe ein für ihn spürbares, angemessenes Geldopfer für die hungernde Welt geben, der wir durch unsere Aktion „Misereor“ zu Hilfe kommen.

Dem Ernst der Fastenzeit widersprechen öffentliche Vergnügungen, insbesondere Tanzfeste. Das gilt auch für aufwendige häusliche Feiern und Parties. Die Gläubigen mögen darum in dieser Zeit darauf verzichten.

3. Als Bußtage hat die Kirche festgesetzt alle Freitage des Jahres und den Aschermittwoch, ausgenommen die Freitage, auf die ein gebotener Feiertag fällt. Diese Bußtage zu beobachten, ist strenge Pflicht.
4. Die Gläubigen sind verpflichtet, ein Freitagsopfer zu bringen. Es besteht in der Enthaltung von Fleischspeisen, wo das nicht angängig ist, in einem anderen Werk des Verzichtes oder der Nächstenliebe oder der Frömmigkeit. Diese Verpflichtung gilt für die Gläubigen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben.
5. Aschermittwoch und Karfreitag sind gebotene Fast- und Abstinenztage. Zum Fasten verpflichtet sind alle Gläubigen, die das 21. Lebensjahr vollendet und das 60. noch nicht begonnen haben. Sie begnügen sich an diesen Tagen über den Fleischverzicht hinaus mit nur einer vollen Mahlzeit. Zu den beiden anderen Tischzeiten ist eine kleine Stärkung erlaubt.
6. Die Pfarrer haben die Vollmacht, einzelne Gläubige oder Familien aus gerechtem Grund von diesen Pflichten zu befreien oder sie in andere umzuwandeln.
7. Die Kinder sollen dazu erzogen werden, an den kirchlichen Bußtagen freiwillig Fleischverzicht zu üben oder ein anderes Opfer zu bringen.

8. Zur österlichen Vorbereitungs- und Festzeit gehört auch die volle Teilnahme an der Feier der Eucharistie. Sie ist ja die österliche Gabe des sich opfernden und auferstandenen Herrn. Darum gebietet die Kirche, daß wir in der österlichen Zeit die heilige Kommunion empfangen. Die österliche Zeit dauert von Aschermittwoch bis Pfingstsonntag. Für jeden Christen, der eine schwere Sünde begangen, aber noch nicht gebeichtet hat, ist vor dem Gang zum Tisch des Herrn der Empfang des Bußsakramentes notwendig und von der Kirche geboten. Aber auch alle anderen Gläubigen werden von der Kirche aufgefordert, in dieser Zeit das Bußsakrament zu empfangen. Ebenso mögen sie an Bußgottesdiensten teilnehmen, die dazu helfen können, daß das Bußsakrament seine volle Frucht trägt.

Gegenüber früheren Zeiten sind die gemeinsamen äußeren Verpflichtungen hinsichtlich des Fastens und der Abstinenz heute gemildert. Um so mehr müssen die einzelnen, die Familien und die übrigen Gemeinschaften darüber hinaus das tun, was gerade für sie notwendig, möglich und fruchtbar ist. Es können spürbare Opfer sein, durch die sie sich mit dem leidenden und sühnenden Herrn vereinen. Es können aber auch alle anderen Werke der Umkehr sein: Das Suchen der Stille, das Lesen des Wortes Gottes, das Gebet, der Dienst am Nächsten und alles, was dem einzelnen die Liebe eingibt. Christliche Familien, Jugendgruppen und besonders kirchliche Kernkreise sollen es als Zeichen und Auftrag lebendigen Glaubens betrachten, sich in gemeinsamer Überlegung über solche Ausdrucksformen des Verzichts und der Liebe zu verständigen. Auch wir Bischöfe werden mit Priestern und Laien überlegen, wie die Bußgesinnung immer besser ihren zeitgemäßen Ausdruck finden kann.

Die Tatsache, daß Papst Paul VI. in seinem am 8. November dem römischen Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen erteilten Auftrag den Wunsch nach gemeinsamen Bibelübersetzungen und deren Notwendigkeit so deutlich zum Ausdruck gebracht hat, wird, wie das Berliner evangelische „Sonntagsblatt – Die Kirche“ meldet, vom Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dr. Willem Visser't Hooft, „freudig begrüßt“.

(KNA – 66/XI/448)

Vor jeder kurzschlüssigen aufklärerischen „Entmythologisierung“ warnte der Ethnologe und Religionsphilosoph Benediktinerpater Dr. Cyrill von Korvin-Krasinski von der Abtei Maria Laach in einem Vortrag, den er vor der Urania in Berlin hielt. Das Thema lautete „Gibt es eine Patriarchen-Religion?“. Korvin-Krasinski, der, aus einem russischen Adelsgeschlecht stammend, Europa und Asien zwischen Tibet, Skandinavien und Irland durchforscht hat, wies auf sichtbare Zeichen hin, die den Ursprung einer Reihe von Weltreligionen eindeutig auf die Patriarchen verwiesen.

Sowohl erratische Blöcke der Urzeit als auch heute noch geübte Bräuche wiesen klar auf die hinter Altem und Neuem Testament zu suchende „patriarchalische Urheimat“ hin, das Kanaan, wo Abraham an den Stätten seiner Gottbegegnung bei Bäumen Steinmale errichtete. Solche Steinhäufen, auf die als Opfergabe Steine geworfen werden, fanden sich zum Beispiel noch heute in Tirol und Italien. Die in Eurasien und Amerika allenthalben anzutreffenden Hüfengräber, Dolmen usw. zeugten von einem „ganzheitlichen religiösen Kult der vorgeschichtlichen Menschheit“. Überall bewiesen solche Monumente eine „kosmisch orientierte Dreihalt“, die bis in die Gegenwart hinein in dreifachen Umgehungen und dreimal wiederholten Gebetsformeln anzutreffen sei. In Irland beispielsweise gebe es derartige Megalithen sogar auf christlichen Friedhöfen. Man habe sie später vielfach mit Kreuzen versehen.

In der Epoche des Ökumenismus sei es außerordentlich wichtig, so hob der Wissenschaftler hervor, über diese Zeichen und Gebräuche, die besonders den asiatischen Christen viel bedeuteten, Bescheid zu wissen und sie nicht zu verachten. Zwar dürfe der Christ das Magische nicht tun, aber er müsse es kennen, meinte Korvin-Krasinski. Den Christen sei damit eine „vorstehende Rückkehr“ hinter das Alte und Neue Testament aufgegeben und sie könnten damit in eine „ererbte Gemeinschaft“ eintreten. (KNA 66/XI/471)

„Welche Schäden müssen für den Durchschnittschristen entstehen“, so betont Chefredakteur Janik, „wenn katholische Theologen und katholische Laien ungeprüft und unzensiert ihre religiösen Auffassungen verbreiten und womöglich mißverständlicherweise noch als Lehre der Kirche propagieren dürfen. Wir haben auf theologischem Gebiet in einzelnen Sparten schon Verwirrung genug, trotz des Bestehens des Imprimatur.“

Dr. Janik antwortete mit dieser Stellungnahme auf einen Vorschlag des amerikanischen Jesuitenpaters Bianca, der sich in einem in den Jesuitenzeitschriften „Amerika“ und „Stimmen der Zeit“ veröffentlichten Artikel für

eine Revision der kirchlichen Druckerlaubnis (Imprimatur) eingesetzt hat und anstelle der bisherigen Zensurvorschriften eine kritischere und lebhaftere Diskussion nach der Veröffentlichung empfiehlt. (KNA — 66/XII/41)

Die Illustrierte „Stern“ ist auch in der zweiten Instanz mit dem Versuch gescheitert, dem „Passauer Bistumsblatt“ verbieten zu lassen, Zeitschriftenhändlern unter seinen Lesern nahezu legen, die vom katholischen Zeitschriftendienst in den Kategorien „abzurufen“ oder „abzulehnen“ eingestuften Illustrierten nicht mehr zu verkaufen. Der dritte Zivilsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg hat am Donnerstag, 1. Dezember, die Berufung der Illustrierten gegen das erstinstanzliche Urteil auf Kosten des „Stern“ zurückgewiesen. In diesem Urteil des Landgerichts Hamburg vom März 1965 war zugunsten der vom „Stern“ Beklagten, des „Passauer Bistumsblattes“ und des Bischofs von Passau, entschieden worden. Das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts, in dem auch neue Anträge der Illustrierten abgewiesen wurden, ist vorläufig vollstreckbar. Die Entscheidungsgründe des Oberlandesgerichts liegen noch nicht vor.

Im erstinstanzlichen Urteil war festgestellt worden, es sei eine unmittelbare und unabänderliche Folge des Rechts des Bistumsblattes auf freie Meinungsäußerung, daß im Ergebnis durch das Handeln aus seelsorglichen Motiven der Absatz der vom Zeitschriftendienst gut bewerteten Zeitungen gefördert werde. Die Meinungsäußerung dürfe anerkanntermaßen auch scharf und pointiert sein, und es komme nicht darauf an, wessen Auffassung „richtig“ sei. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die Schärfe des Artikels des „Passauer Bistumsblattes“ nicht zu beanstanden, „die insbesondere darin zu sehen ist, daß in diesem Aufsatz ein vorbereitetes Kündigungsschreiben enthalten war“.

Wer wie der „Stern“ in scharfer Form zu allen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nehme, unterschreibe das Urteil der ersten Instanz, der müsse gleich scharfe oder noch schärfere Meinungsäußerungen anderer Presseorgane hinnehmen, auch wenn sich diese nicht auf einzelne Artikel, sondern gegen die eigene Grundhaltung richteten. „Daß der Bischof von seinen Lesern zum Teil als Autorität in Glaubensfragen anerkannt wird, weswegen seiner Auffassung besondere Bedeutung zukommen könnte, stellt keinen Mißbrauch dar.“ (KNA — 66/XII/45)

Die katholische Kirche hat dem Staat angeboten, von allen ihren Rechten und Vorrechten abzusehen, welche sie von seiten des Staates genießt. In einem Kommuniqué der spanischen Bischofskonferenz heißt es, Papst Paul VI. sei von diesem Entschluß bereits unterrichtet worden. Die Privilegien betreffen Staatszuschüsse, die Freistellung von bestimmten Steuern auf kirchliches Eigentum und die Ausnahmeregelung für Seminaristen, keinen Wehrdienst leisten zu müssen. Die spanischen Bischöfe tagen zur Zeit in Madrid. (KNA — 66/XII/35)

Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat in einer Sitzung am 19. Dezember die beiden Kommissionen gebildet, die die Vollversammlung des Zentralkomitees auf ihrer Tagung am 17./18. November in Limburg beschlossen hat. Die erste Kommission hat den Auftrag, in einer Denkschrift die Situation und Aufgaben der katholischen Verbände darzulegen. Mit der Leitung der Kommission wurde Professor Dr. Franz Wöthe, Hildesheim, beauftragt. Weitere Mitglieder sind: Prälat Alfred Weßmann (Rottenburg); Dr. Anton Rauscher SJ (Mönchengladbach); Heinrich Köppler, MdB (Bonn); Diplompsychologe Alois Schardt vom Bayerischen Rundfunk (München); Akademiedirektor Dr. Werner Remmers, Vertreter der Diözese Osnabrück beim ZK (Holthausen); Frau Marianne Dirks (Köln); Frau Dr. Olbricht, Dr. Dr. Wilhelm Dreier (Münster).

Die zweite Kommission soll die Frage nach dem Standort des Laienapostolates in der Kirche theologisch klären. Die Leitung dieser Kommission hat der Geistliche Direktor beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Prälat Bernhard Hanssler. Die weiteren Mitglieder sind: der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, Weihbischof Heinrich Tenhumberg; Weihbischof Walter Kampe (Limburg); der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die pastorale Aneignung des Konzils, Prälat Willy Bokler (Wiesbaden); Professor Dr. Franz Flintrop (Hildesheim); der Publizist Walter Dirks (Köln); Professor Dr. Alfons Auer (Würzburg); Professor Pater Johannes Hirschmann SJ (St. Georgen/Frankfurt); Minister a. D. Paul Mikal (Düsseldorf); Professor Dr. Klaus Mörsdorf (München).

(KNA - 66/XII/470)

Mit einer Denkschrift über die Empfängnisregelung hat sich das St. Lukas-Institut für ärztliche Anthropologie, Münster, an die päpstliche Ehekommission und an die Deutsche Bischofskonferenz gewandt. Die Denkschrift stützt sich auf eine Umfrage bei 3500 Ärzten in Deutschland und Österreich, denen 48 detaillierte Fragen zum Komplex der Empfängnisregelung gestellt wurden. Der statistischen Auswertung lagen rund 1200 Antworten zugrunde. Außerdem basiert das Memorandum auf klinischen Erfahrungen bei rund 15000 Patienten innerhalb der letzten zwölf Jahre und auf jahrelangen systematischen Erörterungen im Rahmen von Ärztekongressen des St. Lukas-Institutes zusammen mit Moralthologen.

In der Empfehlung an Papst und Bischöfe bringen die Ärzte zum Ausdruck, daß sie, im Gewissen verpflichtet, nach eingehenden Diskussionen in der gegenwärtigen Situation von Verboten oder Empfehlungen bestimmter Methoden der Empfängnisregelung abraten, weil die wissenschaftlichen Erkenntnisse in psychosomatischer und philosophisch-anthropologischer Hinsicht noch im Fluß seien. Bei der sittlichen Beurteilung des ehelichen Verhaltens wolle man das Wohl des Partners, der ehelichen Gemeinschaft und der Familie stärker in den Vordergrund stellen als bisher und erwägen, daß „auch in einer unvollkommenen oder eingeschränkten Geste des Leibes der ganze Reichtum und die Fülle ehelicher Liebe aufleuchten“ könnten. — Im einzelnen gehen die Ärzte von der Überlegung aus, daß die Notwendigkeit einer

vernünftigmäßigen Empfängnisregelung nicht nur ein Problem in besonderen Notlagen sei. Sie ergebe sich vielmehr heute „in den weitaus meisten Ehen auf Grund einer weltweiten Änderung biologischer, psychologischer und soziologischer Gegebenheiten“. Alle Methoden der Empfängnisregelung — Enthaltsamkeit, Zeitwahl, mechanische und biologische Möglichkeiten — müßten als Eingriffe in das eheliche Zusammenleben mit ungünstigen Wirkungen psychologischer oder biologischer Art angesehen werden. Unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten gelte jedoch die Unterscheidung zwischen sogenannten natürlichen und widernatürlichen Methoden in der bisher üblichen Weise nicht mehr, da sie nur die mechanische oder biologische Intaktheit des Aktes, nicht aber die wesentlicheren personalen Elemente der ehelichen Begegnung entsprechend berücksichtige.

In der Untersuchung der Methoden würdigen die Ärzte die Enthaltsamkeit als hohes Gut im Sinne gegenseitiger Liebe, halten sie aber für die weitaus meisten Fälle nicht für ratsam und nicht für praktikabel. Zur Zeitwahl heißt es: Die seelischen Schwierigkeiten einer „Kalender-Ehe“ sollten nicht übersehen werden. Nach interruptiven Praktiken würden gemäß den vorliegenden Erfahrungen am meisten mechanische Methoden angewandt, deren Nachteile auch aus ärztlicher Sicht nicht bagatellisiert würden. Es könne jedoch nicht an der These festgehalten werden, ein mechanischer Eingriff in den Ablauf des Aktes zerstöre immer und notwendig die Liebesaussage der ehelichen Vereinigung. Den dritten Platz in der Häufigkeit der Anwendung nehme die biologische Methode (Pille) ein. Sie könne jedoch nur für begrenzte Zeit unter ärztlicher Kontrolle indiziert werden. In wenigen Fällen sei auch die Tubenligatur angezeigt, dann nämlich, wenn die Blindheit biologischer Funktionen angesichts pathologischer Veränderungen deutlich würde.

(KNA Info 48/1803)

Hart prallten die Auffassungen bei einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am Wochenende im Münchener Kardinal-Wandel-Haus über die Möglichkeiten und Grenzen der modernen Medizin aufeinander. Es ging darum, ob ein Mensch nach Verlust des Großhirns noch als Mensch bezeichnet werden kann. Der Bonner Neurochirurg Professor Dr. Georg Peter Röttgen vertrat die Ansicht, daß zwar nicht der aktiven Euthanasie, dem Mord, das Wort geredet werden kann, aber daß ein Mensch kein Mensch mehr sei, wenn er das Großhirn eingebüßt habe. „Klindern, die keine menschlich geistigen Regungen mehr erkennen lassen, das Leben künstlich zu verlängern, halte ich für ärztlich nicht geboten. Auch diese „menschliche Ruine“ verlange nach ärztlicher Ethik, aber der Arzt sollte den Unglücklichen ihr Recht auf einen natürlichen Tod nicht nehmen. Dies sei die Antwort des Arztes, eines Naturwissenschaftlers, eine theologische und philosophische könne er nicht geben.

Der Münchener Ordinarius für Chirurgie, Professor Dr. Rudolf Zenker, vertrat dagegen die Meinung, für ihn bleibe auch die „menschliche Ruine“ ein Mensch. Der Moraltheologe Professor Dr. Alfons Auer, Tübingen, sagte dazu, eine sachgerechte Ethik müsse aus diesem Sachbereich entwickelt werden. Die Theologie könne zwar von der Offenbarung her einigermaßen

Auskunft geben, nicht aber über detaillierte Fragen der moralischen Entscheidung, also auch nicht über die im Raum zurückgebliebenen ethischen Fragen.

Akademiedirektor Dr. Karl Forster schlug in seinem Schlußwort vor, daß der Dialog über diese Probleme weitergeführt und in einem entsprechend kleineren Gremium darüber bei einer anderen Gelegenheit weiter diskutiert werden sollte. „Wenn wir den Dialog als das Gebot für die Zukunft herausstellen, dann darf keine Schweigsamkeit auf der einen oder anderen Seite entstehen. Es soll mit allem Freimut und wechselhafter Kritik ein Dialog stattfinden, dann kann nach einiger Zeit etwas gesagt werden.“

(KNA – 66/XI/489)

Eine Fragebogen-Untersuchung in einer Regensburger Berufsschule, an der sich 300 Jungen im Alter von 15 bis 17 Jahren beteiligten, zeitigte folgendes Resultat: Rund 60 % der Befragten gaben an, nicht mehr regelmäßig zum Sonntagsgottesdienst zu gehen, viele davon waren ein bis vier Jahre nicht mehr bei den Sakramenten. 40 % der Befragten erklärten, bereits eine feste Freundin zu haben, von diesen wiederum gaben 60 % intime Beziehungen zu. Von den Befragten, die nicht mehr regelmäßig den Gottesdienst besuchten, teilten mehr als 70 % mit, daß ihre Eltern selber nicht den Gottesdienst besuchen. Rund 90 % der Befragten gaben an, ihre geschlechtliche Aufklärung nicht durch ihre Eltern, sondern von Kameraden, von der Straße, aus Büchern und aus Filmen erhalten zu haben.

(KNA 51/52, 2020)

Die Zahl der Kirchgänger ist in den letzten vier Jahren deutlich zurückgegangen. Das stellte das Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaft am Dienstag nach Umfragen in den Jahren 1962 und 1966 fest. Während sich vor vier Jahren noch 45 % der Bevölkerung als regelmäßige Kirchgänger bezeichnet hatten, waren es jetzt nur noch 39 %. Bei den Protestanten nehmen noch 20 % am kirchlichen Leben teil, wogegen es vor vier Jahren 28 % gewesen waren. 68 % der Katholiken hatten sich im Jahr 1962 als praktizierende Christen bezeichnet. Gegenwärtig gehen noch 64 % der Katholiken regelmäßig zur Kirche.

(ppp/z/2712/-/kd)

Die in Würzburg erscheinende katholische „Deutsche Tagespost“ begann in ihrer Weihnachtsausgabe mit einer Serie von Beiträgen über den kommenden Menschen und seine Religion. Der Würzburger Fundamentaltheologe Professor D. Dr. Josef Hasenfuß und der Bamberger Hochschulprofessor Dr. Hubertus Mynarek setzen sich in mehreren Beiträgen mit dem aktuellen Problem des „manipulierten Menschen“ auseinander, einem Thema, das durch Forschungen und Versuche von Biochemikern, durch gezielte Elternschaft und autoplastischen „Ehebruch“ mittels Mikro-Manipuliergerät eine für die Menschheit bedrohliche Aktualität gewonnen hat. Angesichts dieser biologischen Atombombe untersuchen beide Wissenschaftler vor allem die Frage nach einer „futurologischen Anthropologie“ und damit nach den Möglichkeiten und Grenzen der Religion.

(KNA – 66/XII/551)

Gotische Fresken aus der Zeit zwischen 1390 und 1410 wurden bei der Restaurierung der „Spitalkirche“ in Karlstadt/Main entdeckt. Die teilweise sehr gut erhaltenen Fresken in wundervoll frischen Farben stellen Szenen aus der Passion dar. Sie umzogen einst den ganzen Innenraum der Kirche.
(KNA – 66/XII/516)

Rund 1 Million Arbeitsstunden haben 400 junge Damen und Herren in Nordrhein-Westfalen 1966 im „Diakonischen Jahr“ bzw. im „Jahr für den Nächsten“ der beiden Kirchen geleistet. Das geht aus einer Zusammenstellung des Bischöflichen Jugendamtes Köln hervor, die jetzt veröffentlicht wurde. Das „Diakonische Jahr“ der Evangelischen Kirche gibt es seit 1857, während das katholische „Jahr für den Nächsten“ seit 1960 besteht. Beide Einrichtungen arbeiten in mehreren Bundesländern eng zusammen. Seit dem Beginn haben 3000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen und 11000 im ganzen Bundesgebiet bei einem der beiden Dienste ein Jahr lang notleidenden und kranken Menschen geholfen.
(KNAWD – 67/II/8)

Prälat W. Bockler, der derzeitige Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die pastorale Aneignung des Konzils, gab über den Stand der Verwirklichung der Konzilsbeschlüsse folgenden Überblick:

Die atmosphärische Ausstrahlung des Konzils war wohl am spürbarsten bei der Neugestaltung des Gottesdienstes (Liturgie), beim Umgang mit den nichtkatholischen Christen und bei der Ausgestaltung des Verhältnisses von Klerikern und Laien. Das will nicht sagen, daß in diesen Bereichen die angestrebte Reform schon ans Ziel gekommen sei, möchte aber dankbar registrieren, daß in diesen Lebensäußerungen der Kirche ein allgemeiner Prozeß des Fragens, der Beunruhigung und der Aneignung in Gang gekommen ist. Es kann dabei durchaus sein, daß man diese im Vordergrund des Interesses stehenden Konzilsdekrete gar nicht als die wesentlichsten ansehen muß.

Die deutschen Bischöfe haben durch ihre kollegialen Beschlüsse bei der Aneignung der Konzilstexte in folgenden Punkten Anstöße gegeben und damit Akzente gesetzt:

Sie haben ein eigenes Referat für die pastorale Verwirklichung des Konzils geschaffen, haben dieses Referat auf die Zusammenarbeit mit der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen und mit den bestehenden pastoraltheologischen Instituten verwiesen.

Sie haben Sorge getragen, daß alle 16 Dokumente des Konzils in offizieller Übersetzung erschienen sind (Paulinus-Verlag).

Sie haben die Fuldaer Bischofskonferenz im Sinne der Konzilsdekrete zur Deutschen Bischofskonferenz mit Bestätigung des Hl. Vaters umgestaltet: Feste Satzung, eigenes Sekretariat, Beteiligung der Weihbischöfe, Bildung von 18 sachbezogenen Bischofskommissionen (Mitbeteiligung von Priestern, Ordensleuten und Laien als Gutachter und Berater).

Sie haben die Bildung des Priesterrates und Seelsorgerates in ihren Diözesen nach einheitlichen Richtlinien beschlossen: den Priesterrat für die Anliegen und Aufgaben des priesterlichen Lebens und Dienstes; den Seelsorgerat für alle Fragen des Heilsdienstes der Kirche.

Sie haben die Ausbildungsfragen des Klerus in Angriff genommen. 13 Punkte für die Reform des Seminarlebens wurden beschlossen; die Studienreform der Theologischen Fakultäten und Hochschulen ist in Vorbereitung.

Die Bischöfe haben die Einführung des Weihediakonats in haupt- und nebenamtlicher Funktion beschlossen und die Beratung der einschlägigen Sachfragen an die Kommission für Priesterfragen überwiesen.

Sie haben eine neue Bußordnung im Anschluß an die Päpstliche Konstitution „Poenitemini“ erarbeiten lassen, die zu Beginn der Fastenzeit 1967 veröffentlicht werden soll.

Sie haben die Grundsätze und Strukturen des Laienapostolates ins Gespräch gebracht und die Gremien der Laienorganisationen um Stellungnahme gebeten: siehe Bamberger Katholikentag und Vollversammlung des Zentralkomitees in Limburg/Lahn.

Sie haben ein einheitliches Gesang- und Gebetbuch, einen einheitlichen Text der Bibelübersetzung in Auftrag gegeben; haben die Revision der Religionsbücher im Hinblick auf anstößige Aussagen über evangelische Bekenntnisse und nichtchristliche Religionsgemeinschaften veranlaßt.

Sie haben Einzelfragen des Dekretes über die sozialen Publikationsmittel untersuchen lassen und den Welttag der Kommunikationsmittel zum ersten Male für Sonntag, den 7. Mai 1967, festgelegt.

Inwieweit die einzelnen Seelsorger, Laien und kirchlichen Gemeinschaften noch selbständig tätig wurden, um den großen Buß- und Anpassungsprozeß der Kirche an ihren großen Sendungsauftrag in unserer modernen Welt zu ermöglichen, läßt sich noch nicht absehen. Auf jeden Fall ist der freien Initiative, ist dem persönlichen Charisma durch das II. Vatikanische Konzil ein neues, viel breiteres Feld eröffnet worden. (KNK)

Zum Abschluß des vom Papst verkündeten Jubeljahres, das der ersten An-eignung der Konzilsergebnisse dienen sollte, hat der Berliner Erzbischof Dr. Alfred Bengsch in der West-Berliner Rosenkranz-Basilika ein feierliches Pontifikatamt gehalten. In der überfüllten Kirche erklärte er am Donnerstag, 8. Dezember, daß es die wichtigste und aktuellste Frage von allen an-stehenden Problemen sei, ob nicht all das „fortschrittliche Gerede nur die Leere der Herzen“ verdecke. Die Kirche lebe nicht aus der Genialität der Priester, Bischöfe, Laien und Theologen, sondern nur aus der Gnade Gottes. Derweil so mancher sein Image aufbaue, lebe die Kirche von den unbekann-ten Betern. Während der „sicherlich notwendige Meinungsstreit“ über Dinge gehe, die der Bequemlichkeit halber noch abgeschafft werden könnten, lebe die Kirche von denen, die das Kreuz Christi liebten. Bengsch betonte, die

Katholiken sähen heute manches schärfer und kritischer, doch sei zu befürchten, daß der Preis, der für die Nüchternheit und Sachlichkeit gezahlt worden sei, die Liebe zu Gott wäre. (KNA — 66/XII/187)

Kardinal Josef Cardijn, der Gründer der CAJ, sprach vor Priestern, Seminaristen und Führern der Katholischen Arbeiterbewegung in Mexiko und machte sie auf die ärmste politische Lage aufmerksam: „Wir erleben die größte und entscheidende Stunde in der Geschichte der Kirche; denn dies ist ein Jahrhundert des Gemetzels, und wir befinden uns am Abgrund des 3. Weltkrieges. Inmitten dieser bedrohlichen Situation müssen Priester und Laien in voller Verantwortung ihren Mann stellen, um zur Lösung der großen Probleme, die die Welt bedrücken, beizutragen. Er wies darauf hin, daß das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des Kommunismus die intensivere Teilnahme der Arbeiter am Sozialapostolat der Kirche ist, mit einer entschiedenen Aktion und Bereitschaft für die Besserstellung der Arbeiterklasse. „Die Priester haben von den Laien viel zu lernen, und mehr noch von den Arbeitern, weil ohne sie die Kirche keine Kirche ist!“ (KNA — 66/XII/102)

Soeben eingetroffen:

Die Bischöfliche Akademie des Bistums Aachen und der Militärdekan WBK III laden ein zu den Offizierskolloquien:

Mittwoch, 8. März 1967 — August-Pieper-Haus, Aachen

Elienne Hénig, Köln: *Die Französische Außenpolitik*

Mittwoch, 12. April 1967 — Brunnenhof, Mönchengladbach

Christoph Henkel, Niddeggen: *Glaube und Modernes Weltbild*

(Eine Einführung in das Werk Teilhard de Chardins)

Mittwoch, 24. Mai 1967 — August-Pieper-Haus, Aachen

P. C. Ettighofer, Niederkastenholz: *War Verdun vermeidbar?*

Dienstag, 13. Juni 1967 — Brunnenhof, Mönchengladbach

Hans Pöttgens, Mönchengladbach: *Wir Laien nach dem Konzil*

Wir beginnen um 18.30 Uhr mit dem gemeinsamen Abendessen, zu dem wir Sie ebenfalls einladen (Unkostenbeitrag 1,— DM). Daran schließen sich gegen 19.15 Uhr das einführende Referat und das Gespräch an; Ende gegen 22.00 Uhr.

Bitte melden Sie sich bis etwa fünf Tage vor dem Kolloquium bei Ihrem Militärpfarrer an, damit das Abendessen entsprechend vorbereitet wird und Fahrzeuge — soweit notwendig — bereitgestellt werden.

Das August-Pieper-Haus liegt in Aachen, Leonhardstraße 18–20. Suchen Sie den Weg dorthin, so erfragen Sie die Fahrtrichtung Hauptbahnhof, Marschierfort, Polizeipräsidium. Von dort aus sind Sie in wenigen Minuten in der Leonhardstraße.

Den Brunnenhof in Mönchengladbach erreichen Sie — ob Sie nun von Düsseldorf, Krefeld, Köln, Aachen oder Viersen kommen — von der Hindenburgstraße, der Hauptgeschäftsstraße der Stadt, aus. Fahren Sie bis zu Ihrem höchsten Punkt, dem Alten Markt. Dort liegen in unmittelbarer Nähe Münster und Altes Rathaus, mit denen der Brunnenhof baulich verbunden ist.





Das aktuelle Lexikon

Von Fall zu Fall werden an dieser Stelle Begriffe des theologischen Wortschatzes erklärt.

Agape (griech. = Liebe), im NT vorzugsweise Bezeichnung der Liebe überhaupt, zunächst Gottes zu den Menschen, auch der Menschen zueinander und zu Gott; eine grundsätzlich besondere Weise der Liebe, weil durch den Geist Gottes verwirklicht. Von Seiten Gottes bei der Durchsetzung der Heilsgeschichte: als der Wille Gottes, das andere von ihm zu schaffen und selbst zu werden und sich dem von ihm Verschiedenen selbst mitzuteilen; von Seiten der Menschen als Antwort, die selbst wieder durch den Geist Gottes gegeben ist und das Bleiben in Gemeinschaft mit Gott und untereinander konstituiert (Röm 5, 5; 1 Jo 4, 16; 1 Kor 13, 8–13).

Anamnese (griech. *anamnesis* = Wiedererinnerung) gehört zum Wesen des Menschen, der notwendig einmalige geschichtliche Ereignisse, die für ihn bedeutsam sind und auf denen er gründet, in seine Reflexion nimmt und so für sich realisiert. Im AT wird die A. des Auszugs aus Ägypten als der entscheidenden und jetzt noch gültigen Heilstat Gottes an seinem Volk bezeugt (Pascha-Mahl); analog dazu die eucharistische A. im NT (Eucharistie), beide ein kultisches Geschehen. Von daher läßt sich A. theologisch bestimmen als feiernde Gegenwärtigsetzung eines geschichtlichen Heilsereignisses, um so über die Situation des Feiernden Macht gewinnen zu lassen. Voraussetzung dazu ist (im Unterschied zu manchen kultischen Feiern in andern Religionen), daß das Ereignis geschichtlich einmalig ist und diese Einmaligkeit beibehält und zugleich Gegenwart (d. h. als Geschehenes bleibend gültig) ist und daß der Mensch die Gegenwart dieses Ereignisses in seiner Zeit zu aktualisieren vermag (über ein subjektives Erinnern hinaus). Damit ist eine spezifische Struktur des Ereignisses vorausgesetzt; es muß in einem personalen Vorgang vollzogen sein und seiner feiernden Vergegenwärtigung in der A. entgegenwarten, es muß die Feiernden betreffen und von Heilsbedeutung sein, d. h. auch Vorausgedächtnis des künftigen Heils sein. Eine solche A. ist (nur) dem Menschen möglich, weil sein Gezeitigtes Gültigkeit behält und durch das bleibende Eingestiftetsein der Täter im Kosmos und in der Einheit der Geschichte die Taten des Menschen in der Geschichte eingestiftet bleiben. Da das Heilsereignis die Gesamtmenschheit meint, liegt die Vollmacht zu solcher A. primär nicht im Einzelnen, sondern in der die Menschheit repräsentierenden Kirche, die selbst durch das Heilsereignis begründet ist. Theol. Ort: die instrumentale Wirk-

ursächlichkeit der Menschheit Christi für die Gnade des Menschen, Sakramente, Eucharistie. Die Gegenwart des Todes des Herrn darf nicht in eine moralisch-juridische Bedeutung eines vergangenen Ereignisses aufgelöst werden, sonst wäre eine wirkliche A. aufgehoben, die es nach der Schrift geben muß.

Anbetung. Mit dem Wort „niederfallen (vor einem)“ berichtet das NT zwar oft von der Verehrung eines großen Menschen; es meint aber in seiner Theologie die echte A. Gottes (als Grundweise des religiösen Aktes überhaupt) und des Kyrios Jesus, die diesem nach der Apk von der ganzen Schöpfung erwiesen wird, die Gott nach Jo 4 nicht mehr an einem begrenzten Ort, sondern im Geist und in der Wahrheit, nach Paulus und dem Hebr im wahren Haus Gottes, der zur Feier des Herrenmahls versammelten Gemeinde als dem Leib Christi, erwiesen wird. Die Dogmatik wahrt gegenüber Mißverständnissen, daß A. nur Gott gegenüber möglich ist (D 302). In der A. wird die „anbetende“ Seite jedes religiösen Verhalten zu Gott in eigener Weise realisiert: als Anerkennung seines unendlichen Unterschiedes zu jedem Geschöpf, seiner unendlichen Heiligkeit und Herrlichkeit, welche Anerkennung rein innerlich sein oder durch Kultgesten geäußert und getragen sein kann, sich aber über diese Unterscheidung hinaus im praktischen Lebensvollzug verwirklicht. Jede A. richtet sich auf die Person Gottes, freilich in ihrer ganzen Konkretheit (Menschheit Jesu, Gegenwart in der Eucharistie). Heilige, Bilder und Gegenstände können und dürfen nicht angebetet werden (Heiligenverehrung, Bilderverehrung, Reliquie), sie können für die echte A. allenfalls psychologische Hilfe sein.

Angst ist eine Grundbefindlichkeit des Menschen in seiner individuellen Heilsgeschichte. Sie zeigt sich im AT, verschärft durch den noch offenen Ausgang des heilsgeschichtlichen Dialogs Gottes mit seinem Volk, in Furcht und Schrecken vor Jahwe, seinen Erscheinungen und seinem Tag, als A. in der Sünde gegenüber den unausweichlichen und stets überfordernden Forderungen Gottes. Das NT verkündet die erlösende A. Christi (Lk 22, 42 ff) als sein Ausleiden der schuldhaften Gottesferne der Sünder und darum eine begnadete A. des Christen (2 Kor 6, 4) als Mitleiden mit Christus (Röm 8, 17). Die theol. Reflexion zeigt die Wurzel der A. in der Erbsünde, d. h. ihr Nicht-sein-Sollen für den Menschen, und ihre Umwandlungsfähigkeit in Christus zum Heilsergebnis, so daß ein allen Menschen gemeinsames, vormoralisches Moment der A. als Aufgabe sichtbar wird: die Ausgesetztheit des Menschen als eines leiblich-pathisch verfaßten Geistes in die Welt, die Zeit und Tod und darin in den je größeren Anspruch Gottes. Die Flucht in autonome Sicherung beseitigt die A. nicht, macht sie aber zum Zeichen der Flucht vor Gott (dies gilt mindestens für die A. innerhalb der Menschheit als ganzer, wenn auch der geängstete Einzelne in seiner neurotischen

A. unschuldig an dieser Flucht sein kann); die Übernahme der A. in Hoffnung ist Teilhabe an der heilbringenden A. Christi. — Heilsgewißheit, Gottesfurcht.

Dekret, *Decretum*, zunächst ein l.t. für päpstl. Erlasse. Das Tridentinum nennt die Glaubensentscheidungen *Decretum de fide*, die Disziplinarbestimmungen *Decretum de reformatione*. Im CIC hat Dekret eine vielfältige Verwendung: Es bezieht Beschlüsse der allg. u. partikulären Konzilien, in c. 715 § 2 auch Vereinsbeschlüsse; ferner gesetzgeberische Erlasse u. (meist allg. geltende) Verwaltungsverfügungen des Papstes, der röm. Kongreg. u. des Bischofs. Im Prozeßrecht ist es Bez. für die prozeßleitenden Beschlüsse, im Zwischenstreit u. bei verwaltungsgerichtl. Verfahren auch für den Sachentscheid. Im Ordensrecht ist *Decretum laudis* das der endgült. Bestätigung vorausgehende päpstl. Belobigungsschreiben, wodurch eine Ordensgenossenschaft päpstl. Rechtles wird.

Konstitutionen, im allgemeinen Erlasse der kirchlichen Oberen. Das Wort Konstitution wird aber in verschiedenem Sinn gebraucht. In Anlehnung an die römisch-kaiserliche Gesetzgebung wird es seit dem MA zur Bezeichnung von Disziplinargesetzen der allgemeinen Konzilien, des Papstes oder seiner Behörden verwendet, besonders aber zur Bezeichnung der vom Papst als *Constitutiones Apostolicae* regelmäßig im Stif der gewöhnlichen allgemeinen Disziplinargesetze. Sie werden vom Kardinalkanzler und dem hinsichtlich des Inhaltes zuständigen Kongregationspräfekten unterfertigt. Daneben bedeutet Konstitution bald dogmatische Entscheidungen, bald Verordnungen von Bischöfen oder Beschlüsse von Synoden, bald die kirchlich approbierten Statuten von Ordenskongregationen oder Satzungen eines Ordens zur Auslegung, Ergänzung oder Abänderung der ursprünglichen Regel.

Bücher

„Freundesgabe für Max Tau“ – Gratulationen zu seinem 70. Geburtstag – zusammengestellt und herausgegeben von Bernhard Doerdelmann, Verlag J. P. Pater, Gebr. Holstein, Rothenburg o. d. T., Hollmann und Campe Verlag, Hamburg. 270 Seiten, weißes Leinen, DM 25,-.

Im Januar 1987 feierte der große Dichter und Schriftsteller Max Tau seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß entstand die Festschrift „Freundesgabe für Max Tau“. In ihr wird ein Mann geehrt, der immer bescheiden im Hintergrund lebt, aber von dem Kjell Bondevik, Minister für Kultur, Kirche und Unterricht der Kgl. Norwegischen Regierung, in seinem Beitrag zu diesem Werk u. a. sagt, daß Max Tau und sein englischer Glaubensbruder Victor Gollancz nach Kriegsende zu den allerersten gehörten, die gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes und für eine Verständigung eintraten. Diese Aussage gilt einem Mann, der unter dem nationalsozialistischen Regime härtestes Leid erfuhr, als Gejagter seine Heimat verlassen mußte und Jahre hindurch das bittere Schicksal eines staatenlosen Flüchtlings auf sich nahm. 73 Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland, neben anderen auch Bundesminister Dr. Gerhard Schröder, haben sich an der „Freundesgabe für Max Tau“ beteiligt. Sie künden von dem großen Menschen und seinem beispielhaften Einsatz für die Menschlichkeit, sie rühmen sein Streben nach Verständigung und Versöhnung und würdigen seine literarischen Leistungen. Max Tau, Inhaber des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, Träger des Nelly-Sachs-Preises der Stadt Dortmund, des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und anderer großer Auszeichnungen, der heute in Oslo lebt, dem der norwegische König die norwegische Staatsbürgerschaft verlieh, hat seine Heimat Deutschland nicht vergessen. Er ist ein Vorbild, vor allem für die deutsche Jugend, der er seine ganze Hoffnung und Liebe entgegenbringt.

Daß Max Tau Mittler zwischen den Welten war, ist und bleiben wird, vermittelt uns das von Bernhard Doerdelmann hervorragend zusammengestellte Werk. Der Bundesminister der Verteidigung bezeichnet das Leben und Wirken von Max Tau: den Dienst am Frieden.

W. Lehmstämpfer

Herausgeber: Königsteiner Offizierkreise in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Militär-
bischofsamt, Bonn.

Redaktion: Helmut Fellweis (Major)

Zuschriften: Helmut Fellweis, über Katholisches Militärbischofsamt, Bonn, Koblenzer
Straße 117 a.

Druck und graphische Gestaltung: Buch- und Verlagsdruckeri Ludwig Leopold, Bonn, Fried-
richstraße 1.

Bilder: KNA.

